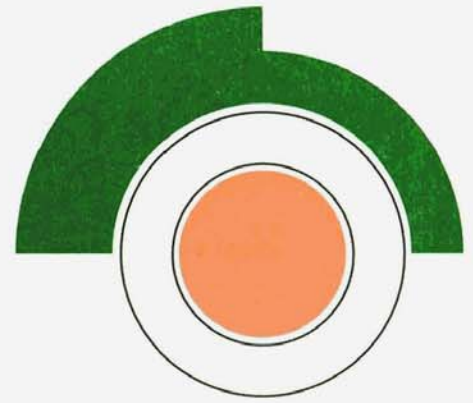


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 15.9.1998

## WORT UND WIDERWORT

### Ist Teilzeitarbeit eine Chance für Familie und Beruf?

*Ein wesentliches Argument für Teilzeit liege neben allen Debatten über Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Notwendigkeit, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Teilzeit sei eine Form, die vorhandene Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen. Zugleich sei einer der wichtigsten Wachstumsbereiche der letzten Jahre der Dienstleistungssektor: Auch hier seien mehr Teilzeit- als Vollzeitstellen eingerichtet worden, die überwiegend mit Frauen besetzt worden seien. Das erklärt die SPD-Abgeordnete Gabriele Gorcitza. Der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Arentz betont, viele Modelle seien entwickelt worden, die die Entscheidung für die Familie erleichterten und die gleichzeitige Ausübung des Berufes ermöglichten. Mobilzeit biete aber nicht nur Arbeitnehmern Vorteile. Sie verschaffe den Betrieben Wettbewerbsvorteile, denn attraktive Arbeitsplätze zögen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Gerade Fach- und Führungskräfte mit verantwortungsvollem Tätigkeitsfeld wünschten sich eine größere Zeitsouveränität. Die GRÜNE-Abgeordnete Marianne Hürten bekräftigt, die Kehrseite der sogenannten Vereinbarkeit von Familie und Beruf mittels Teilzeitarbeit heiße in der Realität häufig keine existenzsichernde Bezahlung und mangelnde soziale Absicherung. Dabei wäre die Alternative, eine reale und allgemeine Arbeitszeitverkürzung, nicht nur der Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern und zwischen den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen dienlich, sie würde auch den Wünschen vieler Beschäftigter entsprechen.* (Seite 2)

## „Arbeitsmarkt in NRW muß an Dynamik gewinnen“

### Kontroverse zur Beschäftigungspolitik

Scharfe Kritik an der Politik des früheren Wirtschaftsministers und jetzigen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD) hat die CDU geübt. In einer Aktuellen Stunde warf sie ihm persönlich vor, er beraube die Menschen dieses Landes der Chancen, die der bundesweite Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt biete.

Arbeit brauche neue Straßen, politische Verlässlichkeit, mehr Investitionen, Wirtschaftswachstum und Selbständigkeit, erklärte Herbert Reul (CDU). Bei Betrachtung der Politik in diesem Lande heiße es aber nur „Fehlansätze“. Reul: Früher habe sich NRW als das soziale Gewissen Deutschlands gesehen, „heute folgt die Politik dem Markenzeichen: Herzlos und kalt = Clement“.

Das aktuelle Zwischenhoch auf dem Arbeitsmarkt sei nur ein „Placebo-Aufschwung“, stellte für die GRÜNEN Alexandra Landsberg fest. Auch mit solchen Meldungen kurz vor der Bundestagswahl komme die CDU aus ihrem Tief nicht heraus: „Ihnen würde selbst Viagra nicht helfen.“

Für die Landesregierung stellte Arbeitsministerin Ilse Brusis (SPD) fest, Land und Ruhrgebiet holten trotz der Strukturprobleme auf.

Die positiven Entwicklungen in Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt gingen von NRW aus — „trotz und gegen die falsche Politik der Bundesregierung“. Im übrigen könne man sich nicht so schablonenhaft und polemisch wie die CDU mit einem solch ernstem Thema auseinandersetzen, rügte sie.

## Die Woche im Landtag

### Haushalt 1999

Den Vorwurf finanzpolitischen Versagens hat die Opposition bei der 1. Lesung des Haushalts 1999 erhoben. Der Finanzminister nannte dagegen die Finanzdaten „ausgezeichnet“. (Seite 3)

### Kindergärten

Scharfe Kritik hat die CDU an der Novelle geübt, die die Landesregierung zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes eingebracht hat. (Seite 6)

### Radioprogramm

Die CDU möchte ein 2. Programm für den Lokalfunk. Die Koalition unterstützt den WDR in seinem Bemühen, das Angebot für Ausländer zu verstärken. (Seite 11)

### Direktverkauf

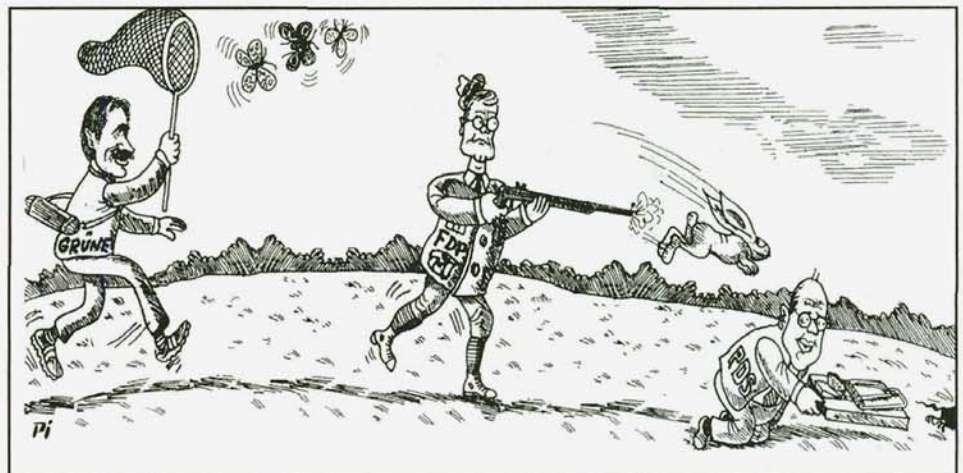
Factory-Outlet-Center (FOC) können den Einzelhandel in den Innenstädten gefährden. Ansiedlungsanträge sollen daher restriktiv gehandhabt werden. (Seite 12)

### Frauenpolitik

Über mehr Kompetenzen für „ihre“ neue Ministerin freuen sich die Mitglieder des Frauenausschusses mit der neuen Vorsitzenden. (Seite 13)

### Bahnhöfe

Die Deutsche Bahn AG legte dem Verkehrsausschuß ihr Konzept zur „Revitalisierung“ der 672 Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen vor. (Seite 15)



Die Jagd auf die Zweitstimme hat begonnen

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Familienleben kann von Teilzeitarbeit profitieren

Von  
Gabriele Gorcitz

Wer den Wert von Teilzeitarbeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Frage stellen möchte, muß die Realität zur Kenntnis nehmen: 1995 sind über 42 Prozent aller erwerbstätigen Frauen einer Teilzeittätigkeit nachgegangen, die Tendenz ist seit 1991 ungebroschen steigend. Es entspricht durchaus dem Wunsch der Frauen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

Problematisch ist, daß gleichzeitig nur 10,25 Prozent der Männer teilzeitbeschäftigt waren. Es entspricht immer noch dem Regelfall, daß die Frau ihre Erwerbstätigkeit einschränkt, während der Mann das Familieneinkommen sicherstellt. Insofern entfalten geschlechtsspezifische Rollenmuster immer noch eine große Bindungskraft. Allerdings wünschen nur acht Prozent der Frauen, die einer Teilzeittätigkeit nachgehen, wieder vollzeitbeschäftigt zu sein. Für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen jedoch noch weitere Kriterien erfüllt werden: Wichtig sind vor allem eine Konstanz der Arbeitszeiten zur innerfamiliären Planungssicherheit und Gleitzeitarbeit, um z.B. wechselnden Schulzeiten der Kinder gerecht zu werden

### SPD: Bei der Arbeitszeitgestaltung ist Flexibilität gefragt

und insgesamt flexibler zu sein. So ist denn auch Flexibilität einer der Hauptwünsche an die Arbeitszeitgestaltung. Sich immer weiter ausdifferenzierende Lebenslagen fragen nach ganz unterschiedlichen Erwerbsmodellen, sowohl in der Dauer der Wochen- und Monatsarbeitszeit als auch im Verlauf eines Erwerbslebens. Sabbatjahr, Elternurlaub und Kontakthalteangebote sind die Stichworte, die kurze familienbedingte Unterbrechungszeiten andeuten, um eine Rückkehr in den Beruf zu erleichtern.

Ein weiteres Stichwort in diesem Zusammenhang ist Telearbeit. Befragungen der Beschäftigten in Pilotprojekten haben ergeben, daß die autonome Arbeitszeitgestaltung es den Heimarbeiter/innen ermöglicht, wesentlich störungsfreier als im Betrieb zu arbeiten und dadurch auch zu zufriedenstellenderen Arbeitsergebnissen zu kommen.

Ein wesentliches Argument für Teilzeit liegt neben allen Debatten über Vereinbarkeit von Familie und Beruf jedoch in der Notwendigkeit, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Teilzeit ist eine Form, die vorhandene Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen. Zugleich ist eine der wichtigsten Wachstumsbereiche der letzten Jahre der Dienstleistungssektor: Auch hier wurden mehr Teilzeit- als Vollzeitstellen eingerichtet, die überwiegend mit Frauen besetzt wurden.

Teilzeitarbeit ist sicherlich nicht der Königsweg und mit vielen Problemen behaftet. So muß die Frage der unabhängigen Alterssicherung von Teilzeitangestellten ebenso geklärt werden wie die Frage der Geringfügigkeit. Hier müssen sicherlich noch Energie und Kreativität investiert werden, um diese Probleme zu lösen.

Von  
Hermann-Josef Arentz

Die einfallslose Alternative „alles oder nichts“ hat ausgedient. Das gilt auch für die Gestaltung der Arbeitszeit. Immer mehr Menschen suchen eine kürzere, oft auch flexiblere Arbeitszeit. Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt und unterstützt diese Entwicklung, weil sie Vorteile für Arbeitnehmer und Unternehmer bietet und zugleich zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führt.

Für die Arbeitnehmer im Vordergrund steht in der Regel der Wunsch, statt der traditionellen Ganztagsbeschäftigung mehr Freiraum für sich und ihre Familien zu gewinnen. Inzwischen sind viele Modelle entwickelt worden, die die Entscheidung für die Familie erleichtern und die gleichzeitige Ausübung des Berufes ermöglichen. Dabei zeigt sich, daß Teilzeitarbeit heute viel mehr ist als die klassische Form der Halbtagsbeschäftigung. Ein gutes Beispiel ist das von der Bundesregierung gestartete Modellprojekt „Mobilzeit“. Mit diesem Begriff wird eine

### CDU: Chance für Arbeitnehmer und Unternehmer

breite Vielfalt von Arbeitsverhältnissen unterhalb des Vollzeitstandards umschrieben. Dazu gehören kürzere Tages- oder Wochenarbeitszeiten, flexible Jahresarbeitszeiten oder Langzeiturlaube wie die sogenannten „Sabbaticals“. Mobilzeit bedeutet eine Arbeitszeitgestaltung, die Produktivität, Flexibilität und Motivation in Unternehmen erhöht, gleichzeitig aber auch den Beschäftigten mehr Freiraum und Wahlmöglichkeiten in ihrer Arbeitszeitgestaltung gibt.

Mobilzeit bietet nicht nur für die Arbeitnehmer Vorteile. Sie verschafft den Betrieben Wettbewerbsvorteile, denn attraktive Arbeitsplätze ziehen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Gerade qualifizierte Fach- und Führungskräfte mit verantwortungsvollem Tätigkeitsfeld wünschen sich eine höhere Zeitsouveränität. Vorteile bietet die Mobilzeit auch für jene Betriebe, deren Produktions- und Geschäftstätigkeit starken Schwankungen unterliegt. Jahresarbeitszeitmodelle, bei denen die durchschnittlich zu leistende Arbeitszeit unter der branchen- und tarifüblichen Vollarbeitszeit liegt, erhöhen die Flexibilität.

Somit bietet die Mobilzeit also Vorteile für alle Beteiligten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte deshalb auch bei diesem Thema endlich aus dem Bremserhäuschen herauskommen und sich an die Spitze der Bewegung setzen.

Von  
Marianne Hürten

Solange die 37,5-Stundenwoche die Regel und durchgehende, der Arbeitszeit angepaßte Kinderbetreuung die Ausnahme ist, haben Mütter erhebliche Probleme, ihre Berufstätigkeit mit der Familienarbeit zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeitsysteme, die vom frühen Morgen bis in die späten Abend-, ja sogar Nachtstunden den Einsatz der Arbeitskraft nach den betrieblichen Interessen verlangen, ohne auf familiäre Belange Rücksicht zu nehmen, verschärfen das Problem. Unter diesen Voraussetzungen ist die Teilzeitarbeit oft die einzige Möglichkeit, Familienarbeit und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren.

Aber allen Hochglanzbrochüren zum Trotz ist es — wie so oft, wenn es keine echte Wahl gibt — ein dorniger Weg. In vielen Branchen und qualifizierteren Berufen gibt es häufig keine Teilzeitarbeitsplätze. Frauen, die nach der Elternfreistellung darauf angewiesen sind, müssen ihren Arbeitsplatzanspruch aufgeben, wenn ihnen gesagt wird: „Entweder ganz oder gar nicht.“ Diejenigen, die einen Teilzeitarbeitsvertrag ergattern konnten, fühlen sich oft als minderwertige Arbeitskräfte diskriminiert.

Was bleibt also den Frauen, die ihre Berufstätigkeit und die Kindererziehung vereinbaren wollen und müssen? Der Arbeitgeber „Staat“ bietet Frauen nach wie vor die besten Möglichkeiten. Neben gesetzlich verankerter Frauenförderung gibt es auch Rechtsansprüche auf Arbeitszeitreduzierung. Aber eine Stelle im öffentlichen Dienst ist „dank“ Stellenabbau und Strukturreform immer schwieriger zu bekommen. Was real bleibt, ist oft nur ein Arbeitsplatz in den typischen Frauenberufen und -branchen. Selbstredend haben diese Branchen aus der weibli-

### GRÜNE: Häufig mangelnde soziale Absicherung

chen Not schon lange eine Tugend gemacht: Die Bezahlung ist (gleiche Ausbildung vorausgesetzt) deutlich unter der in männerdominierten Branchen. Die Zerstückelung der Arbeitsplätze in sozialversicherungsfreie Teilzeinstellen hat nicht mehr viel mit dem Wunsch der Frauen nach verkürzter Arbeitszeit zu tun, dafür um so mehr mit dem Wunsch der Arbeitgeber, aus dieser Situation Kapital zu schlagen. Oft bleibt den Frauen nach dem Erziehungsurlaub nur noch ein 620-Mark-Job.

Die Kehrseite der sogenannten Vereinbarkeit von Familie und Beruf mittels Teilzeitarbeit heißt in der Realität häufig keine existenzsichernde Bezahlung und mangelnde soziale Absicherung. Dabei wäre die Alternative, eine reale allgemeine Arbeitszeitverkürzung, nicht nur der Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern und zwischen den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen dienlich: sie würde auch den Wünschen vieler Beschäftigter entsprechen. 1995 gaben die erwerbstätigen Männer bei einer Befragung an, daß sie durchschnittlich (gesamtes Bundesgebiet) 41 Stunden in der Woche arbeiten, obwohl ihre tarifliche Arbeitszeit bei 37,5 Stunden liegt und sie sich selbst eine Arbeitszeit von 36,5 Stunden pro Woche wünschen. Die einen haben also zuwenig bezahlte Arbeit und die anderen haben zuviel davon. Was liegt näher, als das vorhandene Erwerbsarbeitsvolumen gerechter aufzuteilen? Arbeitszeitverkürzung — und zwar in großen Schritten — ist nach wie vor das wichtigste Instrument gegen Arbeitslosigkeit. Bei einer flächendeckenden Verkürzung der Arbeitszeit von 37,5 auf 32 Stunden pro Woche könnten in Deutschland über fünf Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Wenn beide Elternteile 32 Stunden arbeiten, läßt sich die Familienarbeit damit genauso gut vereinbaren (und gerechter verteilen), als wenn einer 41 Stunden und eine 20 Stunden arbeitet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb mit Nachdruck die Forderung nach:

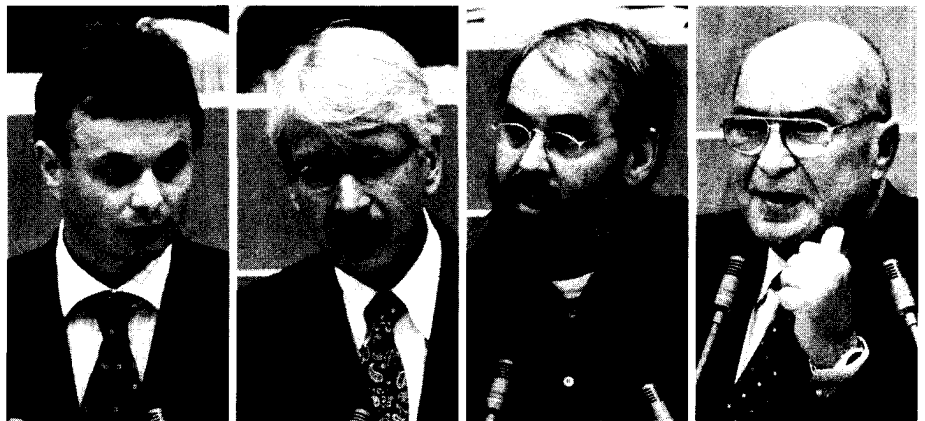
- weiteren Arbeitszeitverkürzungen,
  - Absicherung von Arbeitszeitoptionen (z.B. Recht auf einen Teilzeitarbeitsplatz und ein Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz) vor allem für Eltern und
  - Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht auf alle Beschäftigte!
- Existenzsichernde Erwerbsarbeit und soziale Absicherung muß es für alle geben, die sie benötigen!

## Erste Lesung Haushalt 1999: CDU spricht von Versagen der Landesregierung

### Schleußer aber sieht NRW als finanzstärkstes Land der Republik

Die CDU-Opposition hat bei der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes 1999 am 9. September darauf hingewiesen, daß sich der Schuldenberg des Landes seit 1979 mehr als verfünffacht habe. Finanzminister Heinz Schleußer versuche sich auf Kosten der Beamten und der Kommunen finanziell über Wasser zu halten. Die SPD hielt der Opposition vor, sie rede das Land schlecht. Das Problem des Landes seien nicht zu hohe Ausgaben, sondern die vom Bund verursachten Steuerausfälle. Die GRÜNEN sprachen sich erneut dafür aus, nur noch einen engen Kreis von Landesbediensteten zu verbeamten. Die Zahl der Versorgungsempfänger werde in 15 Jahren von heute 113 000 auf 194 000 steigen. Finanzminister Heinz Schleußer kündigte eine Beschleunigung des Personalabbaus an. Im übrigen bezeichnete er sich als weder spar- noch arbeitsmüde. In die Beratung des Haushalts, der 91,2 Milliarden Mark für 1999 vorsieht, war auch die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1998 bis 2002 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz eingeschlossen.

**Helmut Diegel** (CDU), finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion, sagte: „Wir brauchen Klarheit und Wahrheit, und das wollen wir auch von dieser Landesregierung hören.“ Man solle sich vergegenwärtigen, daß dies seit 1982 erst das zweite Haushalts-sicherungsgesetz in Nordrhein-Westfalen sei, das sei das Eingeständnis des finanzpolitischen Versagens dieser Landesregierung. Der Schuldenberg werde in NRW auf 160 Milliarden Mark anwachsen. Damit hätten sich die Schulden seit 1979 mehr als verfünffacht. An Zinsen müsse das Land für diese Schulden über acht Milliarden jährlich zahlen. Das seien über 23 Millionen Mark täglich. Das sei eine Million Mark stündlich. Die Nettoneuverschuldung werde über sieben Milliarden Mark betragen, das heiße, sie steige wegen der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung um mehr als drei Milliarden Mark. Damit bleibe auch die



Personalausgaben belasten den Haushalt: v.l. Helmut Diegel (CDU), Ernst Walsken (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).  
Fotos: Schälte

Verringerung der Neuverschuldung nichts anderes als ein leeres Versprechen in diesem Hause. Die Investitionsquote werde von 10,7 auf 10,4 Prozent noch weiter abgesenkt. Damit sei sie seit 1980 mehr als halbiert worden. Der Personalhaushalt wachse weiter auf über 36 Milliarden Mark. Seit dem Amtsantritt des Finanzministers im Jahre 1989 seien in NRW entgegen allen anderslautenden Ankündigungen mehr als 8 000 Stellen zusätzlich geschaffen worden. „Die Pensionslawine droht uns sogar zu überrollen.“ Sie nehme mit einer Steigerung von 6,3 Prozent im Jahre 1999 eine immer bedrohlichere Größe an. Diegel bemängelte, daß der Finanzminister wider besseres Wissen die Bundespolitik und insbesondere die Politik des Bundesfinanzministers kritisiere. Sei ihm denn bei dem ganzen Durcheinander, das der Ministerpräsident seit Monaten hier anrichte, vollkommen entgangen, daß der Bund dank seiner großen Konsolidierungserfolge mit einer Ausgabensteigerungsrate von nur 0,4 Prozent auskomme? „Wir befinden uns in Nordrhein-Westfalen in ganz schwerem Fahrwasser“, sagte der Abgeordnete. Der Finanzminister werde die Probleme nicht mehr meistern. Vor diesem Hintergrund würdige er die Leistungen des Bundes. Die Bundesregierung habe nicht nur die Wiedervereinigung gemeistert, sondern auch einen stabilen Aufschwung herbeigeführt. Diegel griff in seinem Redebeitrag die geplante Beteiligung der Beamten an ihrer Krankenversorgung scharf an. Mit dem

Sparbeitrag in Höhe von 233 Millionen Mark werde den Beamten ein erneutes Sonderopfer abverlangt.

**Ernst-Martin Walsken** (SPD) erklärte, die Debattenbeiträge der CDU verliefen in der Tat immer nach dem gleichen Ritual. Sie sage, für die positive Entwicklung in dieser Republik sei ausschließlich die Bundesregierung zuständig und für die negative Entwicklung ausschließlich die Landesregierung. Vielleicht habe die CDU das noch gar nicht gehört. Das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal dieses Jahres sei auf 1,7 Prozent abgesackt — bundesweit, nach über vier Prozent im ersten Quartal. Wer sei dafür verantwortlich, die Bundespolitik? Die CDU wisse „wie wir alle“, daß die Verantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, für Geldwertstabilität, Arbeitsmarkt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht ausschließlich beim Bund liege. „Sie haben seit 16 Jahren in Bonn regiert und beklagen sich heute über die reale Steuerverteilung.“ Walsken folgerte: „Sind Sie nicht bereit, hier in diesem Hause, die Konsequenzen Ihrer Politik in Bonn zu tragen? — Offenbar nicht. Sie biegen hier weg.“ Angesichts des Wahlkampfes möge man auch den Schluß ziehen, daß die Aussagen des Bundeskanzlers und der ihn tragenden Koalition in Bonn, der Aufschwung am Arbeitsmarkt sei erreicht, offenbar nicht auf NRW gemünzt seien. Sonst würde die CDU-Fraktion der Landesregierung nicht vorwerfen, es passiere zu wenig. Was der Bundeskanzler für sich in Bonn reklamiere, „machen wir ihm hier von Düsseldorf aus nicht streitig“. Er habe die Verantwortung dafür. „Nur bewerten wir die Fakten anders als er. Wir sagen: Der Aufschwung ist nicht da“, unterstrich der SPD-Sprecher.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) kritisierte, Haushaltsdebatten dienten oft nur noch dem verbalen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition. Die GRÜNEN meinten, daß Haushaltsdebatten anders angelegt werden sollten. „Wir meinen, daß Menschen ein Recht haben auf Sachlichkeit, auf Informationen, auf Fakten, auf Daten, auf Hintergründe“, stellte der Abgeordnete fest. Und die Politik habe diese Informationen zu liefern. Wie habe es zu dem Zusammenbruch der Steuereinnahmen kommen können, wo lägen die Ursachen der besorgniserregenden Neuverschuldung, warum bringe die



Der neue CDU-Abgeordnete Dr. Harald Pohlmann (l.) ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 9. September verpflichtet worden. Pohlmann, der aus Lemgo kommt, ist Nachfolger des aus dem Parlament ausgeschiedenen CDU-Landtagsabgeordneten Wilhelm Riebinger.  
Foto: Schälte

Sparpolitik der rot-grünen Koalition nicht die erhofften durchschlagenden Erfolge, was könne man tun, um die Schwierigkeiten zu bewältigen? fragte Bajohr. Man wolle weiter dafür sorgen, daß Ausgaben- und Einnahmementwicklungen nicht verschiedene Wege gingen. Aber man könne als einzelnes Land unmöglich eine Entwicklung stoppen, die alle Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik betreffe. Die GRÜNEN seien auch skeptisch, ob man überhaupt mit angekündigten 4,1 Prozent Mehreinnahmen rechnen dürfe. Für die Haushaltsjahre 1996 bis 1999 liege der Unterschied zwischen den Voraussetzungen des Arbeitskreises Steuerschätzung und dem, was tatsächlich hereingekommen sei, bei 36 Milliarden Mark, die der Landesregierung sozusagen versprochen worden seien, die dann aber nicht einträfen. Wenn man diese 36 Milliarden rechnerisch auf vier Jahre verteile, dann seien das in jedem Jahr neun Milliarden Mark. Aber diesem Weniger bei den Einnahmen trete kein Weniger bei den Ausgaben zur Seite. Besorgniserregend sei, daß die Zinsausgaben abermals stiegen: Im kommenden Jahr um 344 Millionen Mark oder um 4,1 Prozent. Zu den Personalausgaben sagte Bajohr, um die Versorgungsausgaben in den Griff zu bekommen, sei im Sommer 1995 mit dem Koalitionspartner vereinbart worden, Verbeamtungen künftig nur auf einen ganz engen Kreis zu beschränken. Die beiden grünen Ressorts, also Umwelt und Bauen, hielten sich strikt an diese Vereinbarung. „Die übrigen Geschäftsbereiche verbeamteten allerdings munter weiter“, berichtete der GRÜNE-Sprecher.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) wies darauf hin, daß es wohl Übereinstimmendes zwischen den Koalitionsfraktionen gebe. Das sei breiter geworden als vor einem Jahr. Allerdings fehle noch immer ein ganzes Stück. Der Minister sagte dann, wenn man über Umschichten des jetzt vorgeschlagenen Landeshaushalts nachdenke, müßten sich eigentlich alle darüber klar sein, daß das in den Gebieten fällig werde, in denen man besondere Interessen habe. „Man räubert nicht in anderen Gärten.“ Das sei ein altes Prinzip, das er in der Finanzpolitik sehr früh gelernt habe. Das werde auch für den Haushalt 1999 so sein müssen. „Ich bin jedenfalls sehr gern bereit, diesen schwierigen Weg der Haushaltsplanberatung des Parlaments fachlich zu begleiten“, betonte Schleußer. Er hoffe auf ein vernünftiges Ergebnis am 16. Dezember 1998. „Das wird wohl so sein.“ Was noch hinzukomme: Wenn am 27. September 1998 gewählt und ausgezählt sei und sich die neue Regierung bilde, werde man über die große Steuerreform reden, vielleicht sogar über eine ökologische Steuerreform. In Verantwortung erlebe er Finanzpolitik schon gut zwei Jahrzehnte in diesem Landtag, als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und als Finanzminister. Jetzt sei es immerhin schon sein elfter Haushalt, den er hier komplett begleite. „Ich habe in den vielen Jahren beobachten können, wie die Opposition agiert: ich muß feststellen: Lernerfolge sind nicht sonderlich bemerkbar, unabhängig davon, welche Personen hier vorgetragen haben“, meinte der Minister. Zu seiner Verständigung mit dem Ministerpräsidenten sagte Schleußer, er habe in der Vergangenheit nie davon ausgehen müssen, daß im Kabinett der Ministerpräsident gegen den Finanzminister stimme, und diese Sicherheit habe er auch heute noch. Daher könne er

sich einem TV-Bericht anschließen, der gesendet habe: „Schleußer ist weder sparsam noch amtsmüde, und das wird noch eine ganze Zeit so anhalten.“ Ferner werde die CDU mit ihren Reden Nordrhein-Westfalen nicht in den Keller bringen, denn NRW sei ein finanzstarkes Land. 22 Prozent der Bürger dieser Republik brächten 28 Prozent aller Steuereinnahmen auf. „Darum sind alle unsere Finanzdaten ausgezeichnet“, schloß der Minister.

## Gemeindefinanzierungsgesetz 1999

*Den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 1999 (Drs. 12/3302) überwies der Landtag nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushaltsausschuß (federführend) und den Ausschuß für Kommunalpolitik zur Mitberatung.*

**Albert Leifert** (CDU) beklagte, die rot-grüne Landesregierung nehme auch nach dem Beschluß der Koalition, den Kommunen keine neuen Aufgaben ohne zusätzliches Geld zu übertragen, die Sorgen der Kommunen nicht ernst nehme. Die Eckdaten von Innen-

fentlichkeitsarbeit der Landesregierung vorhanden. Von Steuernehreinnahmen stünden den Kommunen 800 Millionen zusätzlich zur Verfügung, es werde ihnen aber die Hälfte abgezwickelt. Die traurige Finanzsituation sei in 32 Jahren Regierung der Sozialdemokraten herbeigeführt worden, vor allem durch schlechte Wirtschaftspolitik. Es sei bitter, wenn sie 100 Millionen Mark an dubiose Firmen in den Sand setze. Selbst die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker protestierten. Das jüngste Urteil des Verfassungsgerichtshofs Münster schaffe Klarheit. Aber es lasse auch den Schluß zu: Wer spare, werde bestraft. Das könne nicht richtig sein. Die kommunalen Sparsbemühungen hülften nur der Landeskasse. Die Kommunen würden geprellt.

**Jürgen Thulke** (SPD) hielt die vom Vordredner wiederholten Vorwürfe für verfehlt, die Zeiten immer wiederkehrender Raubzüge seien vorbei. Die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben sei im letzten Jahr trotz massiver Anstrengungen noch größer geworden. Wenn Waigel auf 30 Milliarden Mark Einnahmen verzichte, schließe das solche vor Ländern und Gemeinden ein. Die wahltaktischen Ankündigungen für morgen seien gleichzeitig die neuen Haushaltslöcher für Länder und Kommunen. Da-



*Eine neue Befrachtung der Gemeindefinanz mit Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge wurde von Sprechern aller Fraktionen beklagt, der GFG-Entwurf aber insgesamt unterschiedlich beurteilt (v. l.) von Albert Leifert (CDU), Jürgen Thulke (SPD) und Ewald Groth (GRÜNE); Innenminister Dr. Fritz Behrens (r.) meinte: „Keine Gemeinde hat weniger Geld als 1998!“*

minister Kniola zum GFG 1999 im Juni hätten erhebliche Verbesserung erwarten lassen. 302 Millionen Mark zur freien Verfügung habe er angekündigt. Aber Rot-Grün ignoriere die dramatischen Finanzen und streiche gnadenlos 325 Millionen Mark aus dem GFG. Die Kommunale Selbstverwaltung sei in einem desolaten Zustand. Die kassenmäßigen Fehlbeträge seien 1997 mit 3,5 Milliarden Mark auf dem zweithöchsten Stand seit Kriegsende. Ein Drittel der Gemeinden stehe unter Haushaltssicherungskonzepten. Klammheimlich befrachte die Landesregierung die Gemeindefinanz mit 325 Millionen Mark für Asylbewerberskosten, eine rein staatliche Aufgabe. Das sei ein Skandal. Sie kassiere die vom Bund als Entlastung der Gemeindegassen gedachte Streckung beim Fonds „Deutsche Einheit“ ohne jeden Abstrich. Zusätzlich würden im Haushaltssicherungsgesetz 75,5 Millionen Mark aus dem Unterhaltsvorschußgesetz auf Städte und Gemeinden verlagert und 16,8 Millionen für Investitionen für den Rettungsdienst auf die Kommunen abgewälzt. 13 Millionen zusätzlich seien aber für die Öf-

mit müsse Schluß sein. Die Bundespolitik trage nicht gerade zu geringeren Risiken bei. Durch Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz müßten die Kommunen mit Mindereinnahmen von mehreren Milliarden Mark rechnen. Kürzungen bundesrechtlicher Leistungen, etwa bei Arbeitsförderung und im Gewerbebereich, verlagerten weitere Finanzlasten auf die Kommunen. Im allgemeinen Steuerverbund stünden dennoch knapp 600 Millionen Mark mehr als 1998 zur Verfügung. Schlüsselzuweisungen sollten auf 11,26 Milliarden Mark wachsen, womit die Koalitionsvereinbarung erfüllt werde. Wegen des Abzugs aus dem GFG 1997 gebe es 4,4 Prozent mehr Schlüsselzuweisungen, das sei erfreulich. Die drei Investitions-pauschalen wüchsen um 43,5 Prozent. Aus 739 Millionen Mark Investitionsmitteln würden Aufträge und Arbeitsplätze gezahlt. Bei den Zweckzuweisungen wachse lediglich die ökologische Umgestaltung Emscher-Lippe von elf auf 20 und Altlastenbeseitigung von 29,8 auf 31,8 Millionen Mark. Die neue Befrachtung stoße zu Recht auf Proteste und gehöre nicht in das GFG. Daß

der Verbundsatz unangetastet bleibe, begrüße die SPD. Die Gemeinden seien die Wiege der Demokratie. Sie könnten sich auf die Landesregierung verlassen. Immer höhere Deckungslücken könnten aber nicht hingenommen werden. Die Kommission für einen besseren Finanzausgleich werde begrüßt.

**Ewald Groth** (GRÜNE) hielt das GFG 1999 für schicksalsbestimmend. Obwohl Städte und Gemeinden den Rotstift angesetzt hätten, wo nur möglich, seien ihre Finanzen angespannt wie nie. Zwar sei das Gesamtvolumen um 793 Millionen Mark oder 6,2 Prozent höher als 1998. Jede vierte Mark fließe in die Kommunen. Investitions- und Abwasserpauschale stiegen auf 740 Millionen. Das Verhältnis von allgemeinen zu Zweckzuweisungen erreiche die Traumquote von 8,8 zu 91,2 Prozent. Aber die Entlastung beim Fonds Deutsche Einheit werde den Gemeinden in NRW nicht voll weitergegeben. Er fühle sich an der Nase herumgeführt. Unanständig werde den Kommunen das Vorsparen für den Zuwachs 1999 weggenommen. Reinen Herzens hätten sie Belohnung für weitsichtiges Verhalten erwartet. Weit gefehlt! Die Botschaft heiße: „Nimm, was du kriegen kannst, und nimm es sofort!“ Die Drohung mit der Gefährdung der Kreditierung überzeuge seine Fraktion nicht. Um den Haushaltsausgleich hinzubekommen, verschelbelten die Kommunen Tafelsilber in nie dagewesenem Ausmaß. Abschließend plädierte Groth für eine Sonderlösung bei integrativer Beschulung.

## Nicht leichtgemacht

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) bestätigte, die Kommunen müßten zur Konsolidierung beitragen. Durch seine Arbeit als Regierungspräsident könne er beurteilen, wer sparsam und wer ausgabefreudig sei. Dem CDU-Redner gelinge es nicht, sich zum Anwalt der Gemeinden zu machen, denn die Landesregierung nehme deren Sorgen sehr ernst und lasse sie nicht im Stich. Mit dem GFG-Entwurf 1999 habe sie es sich nicht leichtgemacht und verschiedene Modelle erwogen. Insgesamt stehe sich nach dem vorgelegten Paket keine einzige Gemeinde schlechter als vorher. Alle hätten mehr als 1998. Berechnungen der Opposition, die Flüchtlingskosten den Schlüsselzuweisungen zuzuschlagen, scheiterten an der Verfassungsschuldengrenze. Insgesamt seien die Vorschläge verantwortlich. Übrigens seien als Entlastung die geänderten Beihilfavorschriften zu erwähnen.

## „Bundesregierung ignoriert Kinderarmut“

*Über Armut, die Kinder und Jugendliche bedroht und eine Bundesjugendministerin, die über Definitionen anstatt über wirksame Maßnahmen diskutiert, debattierte der Landtag am 10. September im Rahmen einer von den GRÜNEN beantragten Aktuelle Stunde mit diesem Thema.*

**Ute Koczy** (GRÜNE) meinte, es gehe nicht um Polemik und Begriffsdefinitionen, sondern um eine Analyse der Armut, die man nicht verschweigen dürfe. Die Bundesjugendministerin habe bei Vorlage des seit langem ausstehenden 10. Kinder- und Jugendberichts die Gelegenheit genutzt, „Kritik abzuwehren, die Politik des eigenen Hauses zu loben und ganz nebenbei zu vergessen, daß es Handlungsbedarf gibt“. Sie forderte zur Besserung der Lage eine Erhöhung des Kindergelds, die Verbesserung der Situation berufstätiger Frauen, eine Senkung der Belastungen für die Familie und „eine aktive Kinder- und Jugendpolitik, die gerade auch die Belange von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen berücksichtigt“.

**Annegret Krauskopf** (SPD) warf der Bundesregierung vor, sie schäme sich nicht, „auf dem Rücken von Kindern Wahlkampf zu machen“. Die beiden christlichen Kirchen hätten bereits festgestellt, daß Armut viele Ursachen habe, mehr sei als Einkommensarmut. Deren Sozialwort belege, daß Armut tatsächlich existiere, daß man sie zur Kenntnis nehmen und die Notwendigkeit erkennen müsse, sich für eine Verbesserung der Situation einzusetzen.

**Antonius Rösenberg** (CDU) sagte, wer Deutschland als eine „Armutsgesellschaft insgesamt“ darstelle, gehe an der Realität vorbei. Wer das tue, mache Wahlkampf, denn der Bericht sei im Bundestag noch gar nicht diskutiert worden. Sicher gebe es in Teilbereichen soziale Probleme und Armut, aber man könne das durchschnittliche verfügbare Einkommen nicht zur alleinigen

Meßlatte machen. Die Landespolitik habe auch eine Verantwortung, etwa mit einem von der CDU geforderten Landeserziehungsgeld, Armut frühzeitig entgegenzuwirken.

**Jugendministerin Birgit Fischer** (SPD) erkannte die Verantwortung des Landes an, es sei aber nicht „Reparaturbetrieb für das, was auf Bundesebene danebengeht“. Zudem habe niemand außer der CDU von einer „Armutsgesellschaft“ gesprochen, sondern gesagt: Man darf das Problem nicht wegdefinieren und so tun, als sei es nicht vorhanden. Die Bundesregierung stelle sich den Herausforderungen nicht, „sie verstärkt Probleme und steht sich dann auch noch Lösungen selbst im Weg“. Sie sei mit ihrer Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gescheitert „und legt durch katastrophale Rahmenbedingungen den Ländern und auch Nordrhein-Westfalen Fesseln an, eine zukunftssichere Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zu gestalten“.

**Regina van Dinther** (CDU) warf dem Land auf der ganzen Breite Versagen in seiner Politik für Kinder und Familien vor, auf dem Arbeitsmarkt, in der Kindergarten-, Jugend- und Schulpolitik. Auch für ausländische Kinder werde zu wenig getan.

**Friedrich Schepsmeier** (SPD) forderte auf, alle sollten sich der Aufgabe stellen, die junge Generation nicht in dem Umfang, den es heute gebe, in relativer Armut aufwachsen zu lassen. Sonst könnten junge Menschen nicht die Potenzen für sich und die Gesellschaft entfalten, die in ihnen angelegt sind.

**Ewald Groth** (GRÜNE) sagte voraus, die Regierung Kohl hinterlasse ein „familienpolitisches Desaster“. Mit den angekündigten Steuererleichterungen von 30 Milliarden werde es noch weniger Geld geben, sich um Kinder und Jugendliche zu kümmern, „die von Armut bedroht sind und in Armut leben müssen“.



**Afrikanische Hospitantinnen** und ein Hospitant sowie ein Praktikant aus Fernost informieren sich zur Zeit im Landtag über Parlamentsarbeit sowie über die Tätigkeit der zuarbeitenden Verwaltung. Am 10. September stellte der Direktor beim Landtag, Professor Heinrich A. Große-Sender (2. v. r.) die Mitarbeiterinnen der Parlamente ihrer Heimatländer Simbabwe und Namibia, die Frauen Katzidzira (2. v. l.), Bhebbe (3. v. l.) und Hoxebes (1. v. l.), den Mitarbeiter Vries (4. v. l.) sowie den Praktikanten Duoc Trinh Quan aus Vietnam (r.) Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) vor. Die Hospitation kam auf Vermittlung der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen. Foto: Schälte

## Schlagabtausch bei erster Lesung der Novelle des Kindertagesstättengesetzes

In erster Lesung hat der Landtag am 9. September das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder – GTK – in Form eines Entwurfs der Landesregierung (Drs. 12/3271) beraten und an den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie (federführend) überwiesen.

**Jugendministerin Birgit Fischer** (SPD) umriß in ihrer Einbringung die Ausgangslage für den Gesetzentwurf so: „Land, Kommunen, Kirchen und freie Wohlfahrtspflege haben die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht.“ Die durch die „wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlentscheidungen der Bundesregierung“ sinkenden Steuereinnahmen hätten die Kirchen veranlaßt, ihre Trägeranteile in Frage zu stellen, und auch die übrigen Träger hätten Entlastung gefordert, „um ein plurales und bedarfsgerechtes Angebot an Kindergärten in Nordrhein-Westfalen auf Dauer sichern zu können“. In einem Kraftakt hätten die Beteiligten finanzielle und organisatorische Maßnahmen vereinbart, um die Zukunft der Kindergartenlandschaft zu sichern – „und zwar mit einer bedarfsgerechten pädagogischen Ausgestaltung des Leistungsangebots, mit einer Entlastung der Träger und geleitet von dem Grundsatz der Sozialverträglichkeit“. Die Ministerin nannte die einzelnen Bestandteile des vereinbarten Maßnahmenpakets und wies die Auffassung zurück, die Beschäftigungseinbußen im Umfang von etwa 4 000 Stellen

### „Andere Fraktionen drücken sich vor der Verantwortung“

durchschnittliche Förderung von 1 400 Mark im Jahr kämen. Es sei positiv zu vermerken, daß durch die gemeinsame Kraftanstrengung der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in NRW unter Einhaltung der hohen Qualitätsanforderungen erfüllt werde – „und dies ohne einen Pfennig des Bundes, der die Länder und Kommunen verpflichtet hat, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern“.

**Willi Zylajew** (CDU) bestritt diese Aussage, indem er feststellte, die Länder hätten beim Bund für die Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz durch eine Erhöhung ihres Anteils an der Mehrwertsteuer kräftig kassiert. Das Land betreibe eine rigorose Senkung seines Anteils und erkläre dies als Voraussetzung dafür, daß freie Träger und Kommunen entlastet würden. Gesetz und Betriebskostenverordnung führten für das Haushaltsjahr 2000 zu einer Leistungskürzung von 440 Millionen Mark bei 520 000 Kindergartenkindern bedeute das eine Reduzierung der bislang gewährten Leistungen um 850 Mark pro Kind, rechnete er vor: „Das ist die größte, aber auch absolut größte Reduzie-

manden im Land davon zu überzeugen versuchen, daß diese Novellierung den bislang hohen pädagogischen Standard unbeschädigt läßt.“ Sie kritisierte, daß Elternverbände, Erzieherinnengewerkschaft und andere Anwälte für Kinder nicht einbezogen worden seien. Die konfessionellen Träger hätten den Inhalt der Novellierung unter dem Eindruck der eigenen Sparzwänge maßgeblich diktiert, die Folge sei, daß Land und Kommunen einen wesentlich höheren Anteil der Kosten übernehmen.

**Jutta Appelt** (CDU) erwähnte den im GTK enthaltenen Erprobungsparagrafen, der, weil er unter dem Kürzungsdiktat stehe, nicht zukunftsorientiert sei; das werde mehr Arbeitsplätze kosten und vielversprechende Ansätze unterbinden. Wenn 4 000 Stellen wegfielen, dann werde es Folge der „Entlassungswelle“ sein, „daß Bildung und Erziehung in unseren Kindergärten in Nordrhein-Westfalen nicht mehr stattfinden werden“. Der Entwurf sei „extrem familienfeindlich, extrem kinderfeindlich und extrem frauenfeindlich“.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) warf CDU und GRÜNEN vor, sie entwickelten keine Alternativen und drückten sich, anders als die SPD, vor der Verantwortung. Wenn nämlich nichts getan würde, dann fielen im konfessionellen Bereich 75 000 Plätze und 7 000 Erzieherinnenstellen weg. Er bestritt, daß die Länder etwas vom Entlastungseffekt des höheren Mehrwertsteueranteils gehabt hätten, denn der sei völlig von der Finanzierung der Deutschen Einheit aufgesogen worden.

**Ministerin Birgit Fischer** (SPD) stellte richtig, es könne keine Rede davon sein, daß am Kind gespart werde – es sei Faktum, daß an der Stelle gespart werde, „wo am Nachmittag keine Kinder in den Kindergärten zurückkommen“. Die Erzieherinnen würden in Brennpunkten und Benachteiligtengruppen dringender gebraucht.

**Willi Zylajew** (CDU) forderte die SPD auf, zu einem geordneten Verfahren zurückzukehren, dann sei die CDU auch bereit, an Veränderungen mitzuwirken und auch Lasten mitzutragen. Aber hier werde nur ein „rechnerisches Machwerk ohne Berücksichtigung jeder pädagogischen Konzeption, ohne Berücksichtigung jeder Qualität“ vorgelegt.

**Friedrich Schepsmeier** (SPD) wies auf die Rechtslage hin: Weil die Regierung Kohl die Kirchen „arm gemacht“ habe, seien die drauf und dran, die Kindergärten bei den Kommunen abzuladen, denn die seien nun einmal nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz für Kindergärten zuständig; die Länder sollten helfen. Und das geschehe in NRW in einem Umfang, der für alle beispielhaft sei und bleiben werde.

**Jens Petring** (GRÜNE) fragte nach der realen Entwicklung beim Kirchensteueraufkommen: Ob es da konkrete Erkenntnisse gebe und wie sich die Situation vor Ort ausnehme. So lange dies ungeklärt sei, habe er für eine undifferenzierte Forderung der konfessionellen Träger nach Senkung ihrer Anteile kein Verständnis.



Ist der hohe Standard im Bereich der Kindertagesstätten mit der Novelle zu halten – darüber gingen die Meinungen auseinander (v. l.): Ministerin Birgit Fischer (SPD), Renate Drewke (SPD), Ute Koczky (GRÜNE) und Willi Zylajew (CDU).  
Fotos: Schälte

hätten zur Folge, daß 4 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren: Die Vertragspartner hätten dem Land eine sozialverträgliche Gestaltung der Einbußen vereinbart. Die Landesregierung habe mit dem Gesetzentwurf auf eine ernste Situation reagiert; wenn sie das nicht getan hätte, wären freie, vor allem konfessionelle Träger aus der Finanzierung der Kindergärten ausgestiegen: „Die Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen wäre zusammengebrochen.“

**Renate Drewke** (SPD) unterstrich die finanziellen Leistungen des Landes: Es zahle pro Kindergartenplatz durchschnittlich 2 800 Mark, während die anderen Bundesländer zusammengekommen auf eine

„Entlastung familienpolitischer Leistungen in dieser Republik.“

**Ute Koczky** (GRÜNE) urteilte, mit der Novellierung werde ein abschüssiger Weg betreten, was den Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsauftrag angehe: „Jede weitere Veränderung in der Personalbemessung wird die noch jugendlichen Säulen des GTK endgültig zum Einsturz bringen“, formulierte sie und fuhr fort: „Ich werde nie-

## CDU-Fraktion beantragt U-Ausschuß – Förder-Controlling der Landesregierung

### Heftiger Schlagabtausch bei Debatte aufgrund von HDO

Regierungskoalition und Opposition haben sich am 10. September bei der Beratung eines CDU-Antrages, in dem vom Ministerpräsidenten „rückhaltlose Offenheit und subventionpolitische Konsequenzen aufgrund von HDO“ gefordert wurde, einen heftigen Schlagabtausch geliefert. Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen bekräftigte seinen Vorwurf, bei HDO handele es sich um den größten Skandal in der Geschichte der NRW-Wirtschaftsförderung. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen nannte Linssen einen „Oppositionsführer, der verleumdet“. Regierungschef Wolfgang Clement betonte, nach den Erkenntnissen der Wirtschaftsprüfer gebe es keinen Hinweis, daß Fördermittel für HDO nicht ordnungsgemäß verwendet worden seien. Die CDU-Fraktion hat sich unterdessen am 11. September einstimmig dafür ausgesprochen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen. Über diesen Antrag soll bei einer Sondersitzung des Landtags entschieden werden (Drs. 12/3263).

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, sprach vom „größten Subventions-skandal in der Wirtschaftsförderungsgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“. In dieses Projekt seien 133 Millionen Mark investiert worden, davon seien 103 Millionen Mark öffentliche Gelder — das heiße Subventionen. Dafür seien 22 feste sowie 20 projektbezogene Arbeitsplätze geschaffen worden, so jedenfalls die Anmerkung des Sequesters. Für diese 105 Millionen Mark an Subventionen müßten zehntausend Arbeitnehmer ein Jahr lang Steuern zahlen, um solch eine Summe aufzubringen. Dieses Projekt sei 1989/90 in den Stil gestoßen. Damals habe es begründete Aussichten gegeben, daß sich HDTV-Technik in NRW durchsetze. Dies sei nach dem Eingeständnis des Ministerpräsidenten spätestens 1992 vorbei gewesen. Und trotzdem sei 1993 mit dem Auftrag „HDTV-Technik“ und „Trickfilmstudio“ diese Subvention geflossen. „Jetzt haben wir die Pleite“, meinte Linssen. Das Tohuwabohu sei vollkommen. Man wisse nicht mehr, wer Gesellschafter sei. Man wisse nicht mehr, wer Geschäftsführer sei. Linssen meinte, die Landesregierung habe es versäumt, sich rechtzeitig von den SED/PDS-Kadern in der EMG und HDO zu trennen. Es komme darauf an, daß Gesellschafter auf ihre Bonität und Seriosität hin geprüft würden.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte, er denke, es sei kein Geheimnis, daß der Oppositionsführer seit Monaten händeringend nach einem Erfolgsnachweis in seinem bisher aussichtslosen Kampf gegen diesen Ministerpräsidenten suche. Er hielt dem Oppositionsführer vor, er wolle von drei zentralen Vorwürfen ablenken, die nach wie vor im Raum stünden, wo er nach wie vor den Beweis schuldig sei. „Mit Ihren Behauptungen und Ihrer Wortwahl befinden Sie sich auf dünnem Eis“, stellte Matthiesen fest. Er fragte, wo der Beweis sei, wenn der Oppositionsführer vom größten Skandal in der Wirtschaftsförderungsgeschichte des Landes spreche. Wo sei der Beweis, daß in den be-



Ein U-Ausschuß soll offene Fragen klären: v. l. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen, GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).  
Fotos: Schälte

troffenen Institutionen Akten beseitigt worden seien. Wo sei der Beweis für die „schäbige Behauptung“ des CDU-Abgeordneten Meyer, Clement habe der Veruntreuung von Steuergeldern Vorschub geleistet. Er hielt dem Oppositionsführer vor, er bediene sich bewußt des Mittels der Verleumdung. Das Rücksichtslose an dieser Vorgehensweise sei auch, „daß Sie keine Rücksicht auf ein Projekt nehmen, das derzeit dabei ist, sich in einer schwierigen Situation neu aufzustellen“. Matthiesen folgte: „Sie schaden dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen in erheblichem Umfang.“ Wirtschaftspolitik, die den Strukturwandel erfolgreich gestalten wolle, müsse auch Risiken eingehen, insbesondere bei der Förderung von Zukunftsbranchen.

**Roland Appel** (GRÜNE), Fraktionssprecher, erklärte, auf die „industriepolitische Sackgasse“ von HDTV eingehend, die medienwirtschaftliche Entwicklung habe damals mit dem Problem zu kämpfen gehabt, das bei jeder rein staatlichen Förderung auftrete. Der Staat schaffe die Rahmenbedingungen für eine Produktion, aber es habe damals keinen Markt für das Angebot gegeben. Das sei einer der wesentlichen Punkte, weshalb auch dieses Projekt wie andere in Schwierigkeiten gekommen sei. Appel merkte indessen kritisch an, HDO stünden zumindest bis zum heutigen Zeitpunkt große Produktionskapazitäten zur Verfügung. So sei trotz dreier dort tätiger Projekte die Kapazität nur zu etwa zehn Prozent ausgelastet. Dies reiche derzeit für eine kostendeckende Produktion keinesfalls aus. Nicht zu vergessen produziere Roland Emmerich ja dort mit vier Millionen Mark Fördermitteln der NRW-Filmstiftung. Aber selbst wenn alle Filmförderungsmittel der Bundesrepublik dort konzentriert würden, läge die Auslastung wahrscheinlich nicht höher als bei 25 Prozent der gesamten Kapazität.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) unterstrich, sein Angebot stehe, jederzeit jede Akte einzusehen. Clement be-

richtete über die Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft in NRW von Mitte 1995 bis Mitte 1998, also in seiner Zeit als Wirtschaftsminister. Da seien im Bereich der gewerblichen Wirtschaft 2157 Investitionsvorhaben mit Zuschüssen von 833 Millionen Mark gefördert worden. Die Bilanz seien 21 764 neugeschaffene und 24 577 gesicherte Arbeitsplätze. Von den Fördermitteln habe ein Prozent der Gesamtzuschußsumme zurückgefordert werden müssen, weil die Förderziele nicht erreicht worden seien. Bei Infrastrukturmaßnahmen habe man von Mitte 1995 bis Mitte 1998 232 Vorhaben gefördert mit einem Zuschuß von 938 Millionen Mark. Als dritten großen Bereich in seiner Verantwortungszeit nannte Clement die Existenzgründungsdarlehen. In der Zeit von Mitte 1995 bis Mitte 1998 habe es 7 626 Förderfälle gegeben, ein Zuschußvolumen zur Zinsverbilligung in Höhe von 93,6 Millionen Mark und die Schaffung von über 12 000 Arbeitsplätzen. Die Ausfallquote in diesem Sektor habe acht Prozent betragen. Das sei ausgesprochen niedrig. Die Landesregierung habe alle Förderprogramme immer wieder angepaßt und überarbeitet und ein Förder-Controlling aufgebaut.

**Laurenz Meyer** (CDU) meinte, der Ministerpräsident habe durch mangelnde Aufsicht und unprofessionelles Verhalten 100 Millionen Mark Steuergelder verschleudert. „Das ist der Vorwurf, der hier im Raum steht.“

**Reinhard Grätz** (SPD) zeigte sich überzeugt, wenn bald ein umfangreicher Subventions- und Förderbericht von Seiten der Landesregierung vorliege, werde die Liste der gelungenen Wirtschaftsförderungsprojekte lang und eindrucksvoll sein.

**Professor Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) stellte zu HDO fest, dieses Unternehmen habe die Kurve bekommen, nämlich von HDTV auf die Special-Effect-Aktivitäten umzustellen. Dieses Unternehmen sei dabei, die ersten Erfolge einzufahren.

## CDU-Gesetzentwurf

### Verdachtsunabhängige Kontrollen der Polizei

In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der CDU zur Änderung des NRW-Polizeigesetzes (Drs. 12/3278) am 9. September wurde die Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen kontrovers beurteilt. Der Gesetzentwurf wurde in die Ausschußberatung überwiesen.

**Heinz Paus** (CDU) zitierte aus der Bibel: „Im Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, der umkehrt, als über tausend Gerechte“ und hoffte auf Lernfähigkeit bei der Landesregierung, wie sie die Bundes-SPD sogar im Wahlkampf bewiese. Die CDU versuche deshalb erneut, verdachtsunabhängige Kontrollen nach dem Muster anderer Länder und des Bundesgrenzschutzes zu verankern. Die Ablehnung 1996 sei für die innere Sicherheit schädlich gewesen. Schon jetzt gebe es die Möglichkeit der Identitätsfeststellung, jedoch nur bei Gefahr und illegalem Aufenthalt oder Straftätersuche, zum Beispiel bei der Schleppnetzfahndung oder an Versorgungs- und Verkehrsanlagen. Seit Anfang der 90er Jahre seien die Grenzen geöffnet und finde eine Internationalisierung der Kriminalität statt, eine Herausforderung für die Sicherheit. Der Erfolg in Ländern, wo die verdachtsunabhängige Kontrolle eingeführt worden sei, sei beeindruckend: 3 600 gesuchte Straftäter gefaßt, 10 000 illegale ermittelt, 523 Waffen sichergestellt, 551 gestohlene Fahrzeuge zurückgegeben und 4 400 Drogendelikte aufgedeckt in Baden-Württemberg. Bayern habe ähnliche Erfolge, etwa 220 Festnahmen am Autobahnkreuz Biebelried. Auch der Polizei in NRW sollten diese Möglichkeiten gegeben werden, an den Grenzen und an großen Bahnhöfen und internationalen Flughäfen. Nachdem die SPD dem beim Bundesgrenzschutz zugestimmt habe, seien rechtsstaatliche Bedenken nicht mehr vertretbar. Falls das Gesetz abgelehnt werde, sei diese Landesregierung im Bereich der inneren Sicherheit nicht mehr handlungsfähig. Diese große Partei lasse sich von den GRÜNEN am Nasenring durch die Arena ziehen.

**Hans-Peter Meinecke** (SPD) antwortete, was für den Bundesgrenzschutz gut, brauche für die Landespolizei noch lange nicht gut zu sein. Die CDU habe noch nicht verstanden, was polizeiliche Arbeit ausmache. Das Gesetz zu ändern, weil die NRW-Polizei zu wenig kontrolliere, sei nicht Ansicht der SPD. Wie denn auf einer Autobahnraststätte durch Personalienfeststellung das unerlaubte Überschreiten der Landesgrenze verhütet oder unterbunden werden solle, verstehe er nicht. NRW habe seinen eigenen Stil und frage nicht grundlos und zwecklos Leute nach dem Namen ohne konkreten Verdacht. Alles darüber Hinausgehende sei Willkür. Die Autobahnpolizei in NRW habe 1997 2 585 Personen festgenommen und über 3 000 Autos sichergestellt. Mit ausreichenden Vorschriften leiste die Polizei in NRW effektive Arbeit.

**Roland Appel** (GRÜNE) meinte, die CDU bewiese wieder einmal das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit und Eintreten für Bür-



„Mifgash – Begegnung, Düsseldorfer Künstler arbeiten in Israel – Israelische Künstler leben und arbeiten in Düsseldorf“ hieß eine Ausstellung im Landtag, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt (am Pult) am 9. September im Beisein von annähernd 400 Gästen eröffnete. In seiner Ansprache wies der Präsident darauf hin, die Arbeiten seien im Rahmen des deutsch-israelischen Kulturaustausches entstanden. Die Ausstellung finde in einem besonderen Jahr statt: Man gedenke des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht und feiere die Gründung des Staates Israel vor 50 Jahren. Die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk habe nach wie vor einen hohen Stellenwert. „Inzwischen sind wir ein gutes Stück weiter gekommen. Es gibt viele Zeichen der Ermutigung und Hoffnung“, sagte der Präsident. Kontakte hätten sich auch zwischen NRW und Israel entwickelt. Diese Ausstellung sei ein eindrucksvolles Beispiel. Sie zeige Arbeiten von fast 40 israelischen Künstlerinnen und Künstlern, die in Düsseldorf lebten, und Düsseldorfer Künstlerinnen und Künstler, die im Rahmen des Künstleraustauschs zwischen der Stadt Düsseldorf und dem Künstlerdorf Ein Hod in der Nähe von Haifa entstanden seien. Die Werke seien sehr persönliche Ergebnisse und Zeugnisse der Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen Land. In einem Grußwort erklärte Menahem Kanafi, Leiter der Informationsabteilung der israelischen Botschaft in Bonn, Diplomatie bedeute heute nicht mehr internationale politische Intrigen und Cocktailparties, sondern die Förderung von Mensch-zu-Mensch-Kontakten, interreligiöser Dialog und künstlerischer Austausch. Die Ausstellung erfülle diesen Auftrag. Die Einführung in die Werke erfolgte durch die Leiterin des Düsseldorfer Kulturamtes, Marianne Schirge.

Foto: Schälte

gerrechte. Der Gesetzentwurf sei das Gegenteil davon. In 16 Jahren CDU-Regierung in Bonn sei die Drogenkriminalität um 363 Prozent gestiegen trotz ständiger Einschränkung der Strafprozeßordnung. Die beste Kriminalitätspolitik sei eine ordentliche Sozialpolitik, zitierte er List. Angst vor sozialer Unsicherheit habe etwa mit Kriminalität zu tun. Die NRW-Polizei habe schon Möglichkeiten, bei einem Vorverdacht einzuschreiten. Ein Satz im CDU-Entwurf richte sich nur gegen Ausländer und solle Stimmung gegen Minderheiten schüren. Über andere Vorschläge, etwa Entkriminalisieren von Suchtkranken oder Verfolgung der Nutzer von Frauenhändlern hätte er sich gefreut.

**Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) sagte, der CDU-Entwurf unterstelle, der Wegfall von Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen mache

weitergehende Kontrollbefugnisse der Polizei erforderlich. NRW habe dem Schengen-Abkommen erst zugestimmt, nachdem der Bundesinnenminister ein Sicherheitsdefizit verneint habe. Auch 1997 lasse sich veränderte Kriminalität nicht auf den Wegfall der Grenzkontrollen zurückführen. Gezielte Kontrollen aus konkretem Anlaß seien effektiver als das, was die CDU vorschlug. Lagebildabhängige Kontrollen als Maßnahmen zur Gefahrenabwehr seien jetzt schon zulässig. Der Unterschied zu verdachtsunabhängigen Kontrollen bestehe darin, daß Tatsachen oder konkrete Anhaltspunkte für kriminelle Handlungen gegeben sein müßten. Die Kriminalität in NRW habe 1997 um 2,1 Prozent ab-, in Bayern und Baden-Württemberg um 1,2 bzw. 1,4 Prozent zugenommen. Die NRW-Polizei sei nicht dazu da, Ausgleichsfunktionen, etwa bei der Grenzsicherung, für den Bundesgrenzschutz wahrzunehmen.

## 500 Autoradios beim DAB-Versuch

Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) hat über den Abschlußbericht zum DAB-Versuchsprojekt (Digital Audio Broadcasting) beraten.

Nach Auskunft des für die Medien zuständigen Wirtschaftsministeriums habe die Grundfrage aller Erprobungen gelautet, ob der digitale Hörfunk geeignet sei, eines Tages UKW abzulösen.

Für die Landesregierung faßte Ministerialrat Dr. Lossau zusammen, der Versuch habe

gezeigt, daß DAB ein technisch geeignetes System sei, das allerdings noch fortentwickelt werden könne. Eine Gewißheit, daß die Markterschließung funktioniere, gebe es nicht. Gleichwohl sei man der Meinung, daß der Zeitpunkt gekommen sei, in NRW den digitalen Hörfunk in den Regelbetrieb zu überführen. Eine Änderung des Landesrundfunkgesetzes sei dafür nicht notwendig.

Lossau hatte zu Anfang darauf hingewiesen, daß der Versuch die Zielsetzung der (Fortsetzung Seite 19)



## Antwort auf Große Anfrage der CDU zum „Sportland NRW“

### 4,9 Millionen Sporttreibende in 20 405 Vereinen

Der Landtag debattierte am 2. September über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU „NRW – Sportland Nummer Eins, Anspruch und Wirklichkeit“ (Drs. 12/2924). Der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN „NRW – lebendiges Sportland“ (Drs. 12/3282) wurde mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit angenommen.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) erinnerte daran, daß auf Antrag der CDU Sport in NRW 1992 Staatsziel geworden sei und daß seine unersetzbaren erzieherischen, gesundheitlichen und sozialen Aufgaben von Vereinen geleistet würden. Sie hielt die Antworten der Landesregierungen für mangelhaft. Handlungskonzepte und Aktionen verlören sich, für die Umsetzung interessiere sich kaum jemand. Ganze sechs Prozent der Kommunen hätten Stadtforen durchgeführt, nur 30 Schulen an der Aktion „Schulsport Plus“ teilgenommen. Im vergrößerten Ministerium habe der Sport fast keine Lobby mehr. Der Verfassungsauftrag werde nicht genug erfüllt.

**Heidi Berger** (SPD) hielt dagegen die Antwort für eine ganz hervorragende Leistung der Landesregierung. Die stärkere Verknüpfung von Städtebau, Sport und Kultur trage Früchte. Auf der Zeche Helene und im Landschaftspark Duisburg-Nord seien erste Projekte verwirklicht worden. Der Landessportbund NRW sei ein hervorragender Partner und Breitensport mit Verbänden, Kreis- und Stadtsporthilfen sowie Sportvereinen und ihren 350 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern vorbildlich. Mit Krankenkassen seien gesundheitsorientierte Angebote entwickelt worden. Die Sportjugend erhalte die volle Unterstützung mit jährlich 11,5 Millionen Mark. Auch im Schulsport gehe es neben Freude an der Bewegung um Gesundheit. Haltungsschäden hätten erheblich abgenommen. Von 184 Millionen Mark im Landessportplan 1998 flössen 31 dem Vereins- und Verbandssport zu. Dazu kämen 50 Millionen aus Lottoeinnahmen, wovon mit 23 Millionen die ehrenamtliche Übungsarbeit gefördert werde. Die CDU solle der Entschließung zustimmen.

**Gerd Mai** (GRÜNE) hielt das neue Düsseldorf-Rheinufer für ein gutes Beispiel, Stadtentwicklung und Sport zu verknüpfen. In der Antwort der Landesregierung überrasche die große Ideenwerkstatt bei der Querschnittsaufgabe Sportförderung. Breitensport und besondere Zielgruppen seien Landesaufgaben. Soziale Integration werde in Stadtteil-Angeboten vorangetrieben. Auch kommerzielle Angebote solle es geben. Der Abwanderung von Jugendlichen aus Vereinen müsse gegengesteuert werden. Der Schulsport solle sich um Leistungsschwache kümmern. Aktiver Sport solle nicht nach der Schule aufhören.

**Sportministerin Ilse Brusis** (SPD) räumte ein, einige Antworten seien wegen nicht ausreichender Zeit und wegen der Fragestellungen etwas allgemein ausgefallen. Die Landesregierung wolle einen intensiven Dialog und möglichst viel Gemeinsamkeit. Die Gesellschaft brauche viele Erfahrungen, die der



Ob NRW wirklich „Sportland Nummer Eins“ ist, darüber gingen die Meinungen der Sportpolitiker bei der Debatte über eine Große Anfrage der Opposition und die Antwort der Landesregierung im Landtag auseinander, v.l. Dr. Annemarie Schraps (CDU), Heidi Berger (SPD), Gerd Mai (GRÜNE), Sportministerin Ilse Brusis (SPD).

Sport vermittele. Der Bund habe die Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen und Sportvereinen durch Demontage im Sozialgesetzbuch empfindlich getroffen. Der Sport in Vereinen vor Ort, abseits der Schlagzeilen, aber eingebettet in das bürgerschaftliche Leben, müsse verteidigt und ausgebaut werden. Der Alltag in der Sportarbeit sei weit entfernt von dem, was Fernsehsendungen über Sport vermittelten. 18 000 Teilnehmer aus NRW hätten am Deutschen Turnfest in München teilgenommen. Große Resonanz finde auch die jährliche Street-Basketball-Tour. Seit 1990 hätten in NRW 175 Welt- oder Europameisterschaften oder andere Großveranstaltungen stattgefunden. Die Landesregierung greife den Auftrag des Sportausschusses auf, 1999/2000 ein Jahr des Schulsports durchzuführen. Die 20 405 NRW-Sportvereine hätten 4,9 Millionen Mitglieder, 50 000 mehr als im Vorjahr.

**Klaus-Dieter Stallmann** (CDU) verwahrte sich dagegen, Schwachstellen zuzudecken

und sich selbst zu feiern. Die Kürzungen im Landesjugendplan beeinflussten den Sport vor Ort negativ. Die gemeinnützigen Sportvereine könnten gegenüber kommerziellen Anbietern nicht konkurrieren. Die guten Übungsleiter würden weggezogen und besser bezahlt. Bei dem Ausfall an Sportstunden und Sportlehrern von Schulsportstärke zu sprechen sei eine Frechheit. Drei Wochenstunden als Pflicht seien bis heute nicht festgelegt.

**Dr. Hans Kraft** (SPD) lobte die Antwort: Mit dem kleinlichen Genörgel habe die CDU der Regierung eine beeindruckende Zwischenbilanz vom Sportland Nummer Eins ermöglicht.

**Gerd Mai** (GRÜNE) warb für die Entschließung und ergänzte, die Zunahme von Vereinsmitgliedern sei erfreulich. Der Landessportbund solle autonom bleiben. Sportpolitik solle Infrastruktur bereitstellen und das Ehrenamt stärken.

## Alle Fraktionen für Verbände-Anhörung

### Gesetz über Kosten der Fleischhygiene

Der Landtag beriet am 2. September in erster Lesung den Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Kosten der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene (Drs. 12/3154).

**Bärbel Höhn** (GRÜNE), Landwirtschaftsministerin, erklärte die Materie für sehr schwierig, für die Kommunen aber sehr wichtig. Erstens müßten sie zu Gebühren ermächtigt werden. Zweitens solle Rechtsunsicherheit über eine pauschale oder eine den tatsächlichen Untersuchungskosten angepaßte Höhe der Gebühren beseitigt werden. Verwaltungsgerichte in NRW hätten die Rechtmäßigkeit von Gebührenfestsetzung unterschiedlich beurteilt. Das NRW-Fleischbeschaukostengesetz solle deshalb durch ein neues Gesetz an das EG-Recht angepaßt werden.

**Horst Steinkühler** (SPD) begrüßte den Gesetzesentwurf, wodurch den kommunalen Satzungsgebern kostendeckende Gebühren ermöglicht werden sollen. Damit das Gesetz fachgerecht beraten werden könne und auch dem Verbraucherschutz gerecht werde, halte die SPD eine Anhörung aller betroffenen Verbände für nötig.

**Hermann Josef Schmitz** (CDU) stellte ein einziges großes Chaos bei der Fleischhygiene in den letzten Jahren fest, an dem die Ministerin nicht unschuldig sei. Viele Kreise stünden im Klageverbund vor Gericht. Es handle sich um Beträge in zweistelliger Millionenhöhe, die die Kreise angeblich zu Unrecht erhoben hätten. Die Verbitterung der Veterinärämter sei groß, weil das Ministerium ihnen bisher die kalte Schulter gezeigt habe. Es gehe auch um Privatisierung bei der Veterinäraufsicht.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) antwortete, der Agrarausschuß habe die Anhörung bereits vorsorglich beschlossen. Der Gesetzesentwurf werde Rechtssicherheit schaffen. Der Kommunalausschuß werde bei der Anhörung hinzugezogen. Fleischskandale hätten gezeigt, daß der Staat zur Aufsicht verpflichtet sei. Das könne nicht von der Wirtschaft oder privat geleistet werden.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) berichtete, der Ausschußbeschuß für eine Anhörung sei einstimmig erfolgt. Große Sachkenntnis sei vorhanden und erforderlich.

## Öffentliches Dienstrecht wird erneut novelliert

In erster Lesung hat der Landtag am 2. September das Neunte Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drs. 12/3186) beraten und an den Ausschuß für Innere Verwaltung (federführend) überwiesen. Das Artikelgesetz sieht Änderungen vor bei Landesbeamtengesetz, Landesrichtergesetz, Disziplinarordnung und Landespersonalvertretungsgesetz NRW.

**Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) nannte als Anlaß für das neue Gesetz die „aktuelle Reformdynamik in dieser früher eher als statisch bezeichneten Materie“. Weiterer Grund sei die Grundsatzentscheidung der Landesregierung, die schon im vergangenen Jahr durch das Dienstrechtsreformgesetz des Bundes vorgezeichneten Reformschritte in zwei Stufen anzugehen. Der jetzt vorliegende Entwurf nutze Spielräume des Rahmenrechts – und dies im Interesse „einer zukunftsgerichteten Gestaltung des Dienstrechts und der Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltungen“. Das neue Gesetz setze zwei Schwerpunkte; so würden leitende Funktionen künftig nur noch im Beamtenverhältnis auf Probe oder im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen. Zum anderen würden Teilzeitbeamtenverhältnisse noch variabler gestaltet. „Neben diese beiden Schwerpunkte treten Regelungen zur Teildienstfähigkeit, die auch auf Senkung der Versorgungsleistung abzielen, Regelungen zur Bekämpfung von Korruption und zur Gewährleistung von mehr Transparenz im Bereich der Nebentätigkeiten“, führte Behrens weiter aus. Da inzwischen in Bonn Klarheit über die Übernahme der im Tarifbereich vereinbarten Altersteilzeit herrsche, sei die Landesregierung bemüht, eine Regelung über

die Altersteilzeit auch für Beamtinnen und Beamte in das laufende Gesetzgebungsverfahren „noch einzuspeisen“.

**Friedhelm Lenz** (SPD) sagte: „Der öffentliche Dienst ist auf dem Wege zu einem modernen, wirtschaftlichen, bürgerfreundlichen Dienstleistungsunternehmen.“ Er nahm zu den drei Schwerpunkten (leitende Funktionen auf Probe, Teilzeit und Nebentätigkeit) Stellung, wobei er auf die arbeitsmarktpolitische Komponente der Teilzeitregelung für Berufsanfänger ab Besoldungsgruppe A 12 hinwies: Auch eine 75prozentige Stelle sichere ein ausreichendes Einkommen, gewährleiste nach fünf Jahren den Anspruch auf Vollbeschäftigung und sei mit Blick auf den außerordentlichen Bewerberüberhang wie im Schulbereich im öffentlichen Interesse.

**Heinz Paus** (CDU) signalisierte grundsätzliches Einverständnis mit den Grundlinien des Entwurfs, der noch intensiv im Detail zu beraten sei, weil nicht nur Punkte enthalten seien, in denen Konsequenzen aus der Dienstrechtsreform gezogen würden. Dabei sei etwa zu klären, ob auch alle Chancen der Reform ausgeschöpft werden und ob die Führungssämter auf Zeit oder auf Probe richtig sind und zum Ziel führen. Es sei auch der Frage nachzugehen, ob die von einigen so benannte „Zwangsteilzeit“ bei der Einstellung mit den hergebrachten Grundsätzen des Beamtenrechts in Einklang stehe. Die Vorschläge zur Nebentätigkeit seien „beachtlich“.

**Brigitte Herrmann** (GRÜNE) teilte mit, auch in ihrer Fraktion sei über diese „Zwangsteilzeit“ heftig und kontrovers diskutiert worden; neben der Übereinstimmung mit der Verfassung und sozialen Härten müsse man aber sehen, daß durch diese Regelung mehr Menschen die Chance haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Sie kündigte einen Antrag ihrer Fraktion zur Altersteilzeit auch für Beamtinnen und Beamte an. Im übrigen monierte sie, der Gesetzesentwurf liege nicht in geschlechtsneutraler Form vor.

## Versorgungswerk für Steuerberater

In erster Lesung hat der Landtag ohne Aussprache die Einbringung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung durch Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) entgegengenommen und zur Weiterberatung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. Der Entwurf (Drs. 12/3165) hat die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen und der Versorgungswerke der freien Berufe im Land Nordrhein-Westfalen zum Gegenstand.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) führte aus, es handle sich dabei um eine Neufassung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen, mit dem auch die Versicherungsaufsicht über die berufsständischen Versorgungswerke der freien Berufe im Lande zentral und einheitlich geregelt werde. Der Minister: „Der Gesetzesentwurf übernimmt die bisherigen grundsätzlichen Zuständigkeitsanordnungen, bereinigt den Gesetzestext hinsichtlich unklarer und inzwischen gegenstandsloser Regelungen.“ Größerer Handlungsbedarf bestehe allerdings bei den Versorgungswerken, die nicht der Geltung des Versicherungsaufsichtsgesetzes des Bundes unterlägen. Für sie müsse der Landesgesetzgeber selbst die inhaltlichen Aufsichtsmaßstäbe regeln. Das sei teilweise in den einzelnen Berufs- und Errichtungsgesetzen der Versorgungswerke geschehen, wobei sich allerdings ein recht unterschiedliches Aufsichtsniveau entwickelt habe, das es zu vereinheitlichen gelte. Darum werde im Gesetz der Aufsichtsmaßstab inhaltlich umfassend und präzise beschrieben; eine später kommende Rechtsverordnung lege die versicherungstechnischen Detailregelungen fest. Schleußer: „Das Gesetz bleibt weiterhin schlank und hat eine nutzerfreundliche Fassung.“



Ebenfalls einstimmig an den Haushaltsausschuß überwiesen hat der Landtag in gleicher Sitzung den Entwurf der Landesregierung des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberater (StBVG NW, Drs. 12/3166). Dabei betonte der Finanzminister, der Entwurf habe das Ziel, für die Steuerberater im Lande ein eigenes Versorgungswerk zu schaffen. Schleußer: „Der steuerberatende Beruf ist der einzige der noch klassisch freien Berufe in Nordrhein-Westfalen, der nicht über ein eigenes Versorgungswerk verfügt.“ Die Mitglieder der drei nordrhein-westfälischen Steuerberaterkammern hätten sich vor etwa einem Jahr mehrheitlich für die Errichtung eines eigenen Versorgungswerks ausgesprochen; diesen Wunsch greife die Landesregierung auf, weil die Errichtung eines solchen Werks von ihr für angebracht angesehen werde. Der Minister betonte, das Versorgungswerk werde sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen selbst finanzieren; der Entwurf stütze sich schwerpunktmäßig auf die bewährten Grundsätze und Strukturen der in NRW tätigen 14 Versorgungswerke.



Mit den Stimmen aller drei Fraktionen ist der CDU-Abgeordnete Rolf Seel (dritter von links) zum neuen Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Haushaltskontrolle gewählt worden. Als erste gratulierten (v.l.): Michael Breuer (CDU), Landesrechnungshofpräsidentin Ute Scholle, die stellvertretende Ausschußvorsitzende Eike Talhorst (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) und Walter Greverer (SPD). Foto: Schälte

## CDU fordert zweites landesweites Hörfunkprogramm für privaten Rundfunk

### Koalition will Integration von Migranten über Medien

„Statt 6. WDR-Radioprogramm endlich ein 2. Programm für den NRW-Lokalfunk – ‚Kleines Funkhaus Europa‘ darf kein Alibi für WDR 6 sein“ lautete die Überschrift über einem Antrag der CDU-Fraktion, den der Landtag an den Hauptausschuß überwies, wo die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgen soll (Drs 12/3247).

**Lothar Hegemann** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, bezeichnete die Entscheidung des WDR, praktisch eine 6. Kette aufzulegen, als einen Schlag ins Kontor für den privaten Rundfunk in Nordrhein-Westfalen in einer Zeit, in der die meisten ausländischen Mitbürger wegen der Satellitentechnik nicht mehr so sehr wie vielleicht in der Vergangenheit auf öffentlich-rechtliche Informationen angewiesen seien. Die türkischen Mitbürger hätten ihre Satellitenantenne und seien nicht unbedingt aufs Kabelprogramm und erst recht nicht auf ein Auslandsprogramm des WDR angewiesen. Deshalb unterstütze er die Einlassung der Landesanstalt für Rundfunk, aller Fraktionen in der Rundfunkkommission, des Vorsitzenden der Rundfunkkommission, des ehemaligen Landtagskollegen Hellwig, des Direktors der LfR, der Zeitungsverleger und der Chefredakteure des Lokalfunks: „Geben Sie diese wichtige Frequenz nicht auch noch in die Hände des WDR.“ Man solle die Möglichkeit geben, ein zweites landesweites Programm (Lokalfunk) zu verbreiten.

**Marc Jan Eumann** (SPD) sagte, die Frage werde immer wichtiger, wie finde Integration von Migranten auf dem Weg in die Medien- und Informationsgesellschaft statt? Integration fange vor und hinter der Kamera und vor und hinter den Mikrofonen statt. Diesbezüglich hätten alle Rundfunkveranstalter in der Bundesrepublik – öffentlich-rechtliche wie private – Nachholbedarf. Rundfunkveranstalter müßten Programme im Angebot haben, die Beiträge zur Integration leisteten. Daß die Idee des „Funkhauses Europa“ nicht aus dem Boden gestampft worden sei, zeige sich allein daran, daß das Thema „Funkhaus Europa“ seit 1994 in der medienpolitischen Diskussion nicht nur im WDR, sondern auch in der ARD und in der Medienlandschaft existiere. Zum Lokalfunk führte der Abgeordnete aus, man stehe notwendigen inneren Reformprozessen positiv gegenüber. Zur Frage einer möglichen Zusammenlegung von Verbreitungsgebieten stellte er fest: „Dort, wo es sinnvoll ist, sperren wir uns nicht.“ Eumann unterstrich ferner, daß seine Fraktion ein Frequenzgutachten wolle.

**Roland Appel** (GRÜNE), Fraktionssprecher, kritisierte, die CDU habe wieder einmal einen ihrer Anträge „mit der üblichen Leier“ vorgelegt: Man brauche ein zweites kommerzielles Hörfunkprogramm in NRW. Das sei ihr eigentliches Ziel. Es habe überhaupt nichts mit der Frequenz zu tun; es habe auch nichts mit der WDR-Politik zu tun. Die CDU unterstelle, die Frequenz 103,3 MHz wäre eine solche, die dem Privatfunk in irgendeiner Weise – wenn die Landesregierung das wollte – zugänglich wäre. Wenn die CDU sich informiert hätte, wäre ihr aufgefallen, daß diese Frequenz 103,3 MHz dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorbehalten sei. Das heiße, wenn der WDR sie nicht mehr hätte, würde sie maximal dem DeutschlandRadio zugeschlagen werden müssen.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) erklärte, das Kernproblem, über das man hier diskutiere, sei der Mangel an Frequenzen, den es in Deutschland gebe. Dieser Mangel an Frequenzen werde hoffentlich bereits im nächsten Jahr im Zuge der Digitalisierung überwunden, die dringend erforderlich sei. Was das NRW-Radio und den Wunsch der Opposition angehe, ihm eine zweite Kette zur Verfügung zu stellen, da müsse er auf die rechtliche Problematik hinweisen. Es sei nicht so, daß die Frequenzen in diesem Land nur zwischen dem Westdeutschen Rundfunk und dem NRW-Radio, das ja sehr stark von den Verlegern beeinflusst werde, aufgeteilt werden könnten. Das wäre verfassungsrechtlich nicht unproblematisch. Deshalb seien seines Erachtens diese Debatten hier unangebracht. „Sobald wir über eine sechste Kette verfügen, wird die LfR darüber entscheiden“, sagte Clement. Sie werde das in einem Konsenssystem tun, das nicht eingefordert werden müsse. Der Regierungschef sah ferner eine herausragende Aufgabe darin, neben WDR und NRW-Lokalradio auch das DeutschlandRadio ausreichend mit Frequenzen zu versorgen.

**Lothar Hegemann** (CDU) betonte in einem weiteren Beitrag, er glaube nicht, daß es eine solche Frequenzknappheit gebe. In Ländern mit anderen topographischen Voraussetzungen gebe es mehr Frequenzen als in Nordrhein-Westfalen. „Ich kann es nicht glauben, daß dies in Bayern machbar ist und im Münsterland nicht.“ Er führte weiter aus: „Lokalradio ist gut, und Sie machen alles, um diesem Lokalradio das Leben schwerzumachen. Sie haben die 15-Prozent-Gruppen, die dazu animieren, den Sender abzustellen.“ Er schloß: „Wir wollten lokales Radio. Ich habe das Gefühl: Sie wollen mittlerweile nicht mehr.“ Das System sei gescheitert, aber das Lokalradio sei nicht tot.



Ein symbolträchtiges Sparschwein brachten der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen und der Parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion, Heinz Hardt (im linken Bild von links) zur Einbringung des Haushalts 1998 mit. — Im rechten Bild von links: Meinungsaustausch im Plenum zwischen Ministerpräsident Wolfgang Clement und Fraktionschef Klaus Matthiesen (beide SPD).  
Foto: Schälte

## Direktverkaufszentren in der Diskussion

### Regierungschefs: Ansiedlung restriktiv handhaben

Die sogenannten „Factory-Outlet-Center“ (FOC) rücken verstärkt in den Blickpunkt von Politik und Landesplanung. Soeben hat sich auch der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD) mit dem Thema befaßt: Er nahm, auf Antrag der CDU, am 26. August einen Bericht von Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) über die aktuelle Entwicklung „Factory-Outlet-Center aus der Sicht von Raumordnung und Landesplanung“ entgegen. Zuvor hatte sich eine Kommission des Städtebauausschusses in Kanada in zwei großen Centern umgesehen: In Nordamerika wird Deutschland als Testmarkt für die Einführung dieser neuen Verkaufsform auf der grünen Wiese angesehen (siehe Landtag intern Nr. 13, Seite 18).

Nach Darstellung der Ministerin zeichnen sich FOC dadurch aus, daß Markenartikel verschiedener Branchen mit erheblichen Preisnachlässen ohne Einschaltung des Zwischenhandels an Endverbraucher verkauft werden. Höhn: „Es handelt sich um Vorsaisonware, Überschußware, Auslaufmodelle, Restposten und Testware. 70 Prozent des Sortiments nehmen Bekleidungsartikel ein. Insgesamt geht es um Sortimente, die typischerweise in Innenstädten angeboten werden. Es sollen Käufer-schichten in einem Einzugsbereich von 100 Kilometern und mehr, bis zu zwei Autobahnstunden entfernt, einbezogen werden“.

Derzeit, so die Ministerin weiter in ihrem Bericht, stünden drei Standorte in Nordrhein-Westfalen in Rede, in Grevenbroich, Hückelhoven und Kerpen, die eine Verkaufsfläche zwischen 10 000 — Grevenbroich (nachdem dort ursprünglich von der dreifachen Größe ausgegangen worden war) und Hückelhoven (auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Sophia-Jacoba) — und 30 000 Quadratmeter (Kerpen) umfassen sollen.

Auch auf der Ebene der Länder und des Bundes sei das Thema bereits Gegenstand der Beratungen, fuhr Höhn fort. So hat die gemeinsame Arbeitsgruppe der Wirtschafts-, Raumordnungs- und Bauministerkonferenzen einen Bericht für die Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder zu Hersteller-Direktverkaufszentren vorgelegt, den sie den Ausschußmitgliedern zur Verfügung gestellt habe. Auf der Basis dieses Berichts hätten am 20. Mai die Regierungschefs von Bund und Ländern den Beschluß gefaßt, die Ansiedlung unter Ausschöpfung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten restriktiv zu handhaben. Es werde auch der Vorschlag einer europäischen grenzüberschreitenden Abstimmung gemacht. Wörtlich heißt es in dem Beschluß: „Die Regierungschefs betonen, daß durch die Ansiedlung von Hersteller-Direktverkaufszentren die Attraktivität der Innenstädte nicht gefährdet werden darf. Sie

fordern alle Beteiligten auf, durch konzentriertes Zusammenwirken den Standort Innenstadt zukunftsfähig zu erhalten und zu gestalten.“ Die Ministerin ergänzte unter Hinweis auf den in NRW geltenden Einzelhandelserlasses, daß die Betreiber von solchen Zentren keine Sonderrechte beanspruchen könnten. Andererseits sei sie der Meinung, die Raumordnung sei mit ihrem Instrumentarium zu einer Regelung nicht in der Lage oder dazu aufgerufen, ob FOC grundsätzlich erwünscht oder unerwünscht seien.

Inzwischen sei das Land aktiv geworden und das europäische Programm INTERREG II C, ein Projekt zur Untersuchung grenzüberschreitenden großflächigen Einzelhandels, insbesondere von FOC, eingebracht. Sie sei erfreut darüber, berichten zu können, stellte die Ministerin fest, daß das Bundesbauministerium, die niederländische Provinz Limburg, die belgischen Staaten Flandern und Wallonien dem Projekt zugestimmt hätten: „Ziel des INTERREG-II-C-Projekts ist die Anwendung möglichst vergleichbarer Kriterien bei der Ansiedlung von FOC sowie eine abge-

stimmte Vorgehensweise zwischen den Staaten.“

Werner Stump (CDU) befürchtete, der Einzelhandelserlaß könnte unterlaufen werden; seine Fraktion nehme nicht hin, daß der Mittelstand in den Ortsinnenlagen zerstört werde. Johannes Remmel (GRÜNE) meinte, die Instrumente des Landes, einer solchen Entwicklung entgegenzutreten, seien unzureichend und müßten geschärft werden, indem man etwa holländische Planungsverfahren anwende. Hans Krings (SPD) erklärte, es sei rechtlich und politisch nicht durchzuhalten, „einen Damm gegen FOC zu errichten und sie auf die Ballungsräume zu konzentrieren“. Unter den ansiedlungswilligen Städten herrsche Konkurrenz, diese auszuschalten sei nicht Aufgabe der Landesplanung.

★

Auf derselben Sitzung hat der Ausschuß eine Anhörung beschlossen. Sie soll am 30. September 1998 stattfinden und den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 12/3143) zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften zum Gegenstand haben.

## Langes Warten auf eine Beförderung

Auf der Sitzung des Rechtsausschusses unter dem Vorsitz von Gunther Sieg (SPD) hat Staatssekretär Dr. Ernst-Hasso Ritter aus dem Ministerium für Inneres und Justiz Ende August den Ausschußmitgliedern über die Beförderungssituation innerhalb der Justiz berichtet. Dabei nannte der Staatssekretär unterschiedliche Zahlen, was die Wartezeiten auf eine Beförderung in den verschiedenen Bereichen und Laufbahnen betrifft.

Sie liegen zwischen mindestens zwei (von A 9 nach Besoldungsgruppe A 10 im gehobenen Justizdienst) und bis zu 13 1/2 Jahren, die ein Beamter im Gerichtsvollzieherdienst sich im Durchschnitt gedulden muß, um von A 8 auf A 9 zu kommen. Dabei ist die Tendenz steigend, wie Ritter vor dem Ausschuß ankündigte: „Für die Zukunft ist zu erwarten, daß sich die Wartezeiten für Beförderung im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst bei Gerichten und Staatsanwaltschaften insgesamt verlängern werden. Der Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß in den nächsten Jahren aufgrund der Altersstruktur in diesen Laufbahnen nur eine geringe Zahl von Beamtinnen und Beamten aus Altersgründen aus dem Dienst ausscheiden wird.“

Ähnlich die Situation im Strafvollzug. Im Sozialdienst etwa vergehen bis zum Erreichen des ersten Beförderungsamtes (A 10) vier, bis zum zweiten Beförderungsamte (A 11) noch einmal sechs Jahre. Im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst sind es drei und zwölf Jahre. Im allgemeinen Vollzugsdienst sind bis zum Erreichen des ersten Beförderungsamtes (A 8) etwa elf, bis zum Aufrücken in das zweite Beförderungsamte noch einmal sieben Jahre zu veranschlagen. Ritter zum Werkdienst: Hier dauert es durchschnittlich zwölf Jah-

re, bis eine Beamtin oder ein Beamter das erste Beförderungsamte der Besoldungsgruppe A 8 erreicht. Weitere elf Jahre vergehen bis zum Aufstieg in ein Beförderungsamte der Besoldungsgruppe A 9.

Auf eine Besonderheit des allgemeinen Vollzugsdienstes wies der Staatssekretär in seinem Bericht besonders hin. In den Justizvollzugsanstalten sei jede zweite Stelle dem Eingangsamte zugeordnet. Da die geprüften Obersekretärinnen und -anwärter in der Regel aufgrund ihrer als Justizvollzugsangestellte zurückgelegten Vordienstzeiten bereits nach einem halben Jahr angestellt würden, träten sie ein weiteres Jahr später in Konkurrenz mit anderen Justizvollzugsoberssekretärinnen und -sekretären. Die letzteren hätte sich teilweise bereits in der Besoldungsgruppe A 7 befunden, als das Eingangsamte dieser Laufbahn noch der Besoldungsgruppe A 5 zugeordnet war; sie seien also zuvor bis A 7 zweimal befördert worden. Ritter: „Diese älteren Obersekretärinnen und Obersekretäre konkurrieren nun mit jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die bereits bei der planmäßigen Anstellung eine Stelle der Besoldungsgruppe A 7 erhalten haben.“ Der Ministeriumssprecher weiter: „Aufgrund des bei Beförderungen geltenden Leistungsprinzips werden leistungsstarke jüngere Beamtinnen und Beamte stets und grundsätzlich älteren Bediensteten, die nur durchschnittlich befähigt sind, bei der Vergabe von Beförderungsstellen vorgezogen.“ Der durch die Hebung des Eingangsamtes nach A 7 eingetretene Beförderungsstau habe zu „Irritationen“ geführt, fuhr der Staatssekretär fort und ergänzte: „Immerhin hat der Bundesgesetzgeber inzwischen die Länder ermächtigt, die Stellenobergrenzen anzuheben. Wir dringen darauf, daß der Finanzminister von dieser Möglichkeit Gebrauch macht.“

## Neue Vorsitzende, neue Ministerin im Frauenausschuß

### Öffentliche Aufträge nur bei Frauenförderung als Thema einer Anhörung

Im Ausschuß für Frauenpolitik standen am 4. September Berichte der Ministerin zur Neuorganisation des Ministeriums, zum Einzelplan 11 des Haushaltsentwurfs für 1999 und zum Frauenförderbericht der Landesregierung sowie ein Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Landtagsverwaltung auf der Tagesordnung. Der letztgenannte Vortrag wurde von den Abgeordneten für so interessant befunden, daß sie ihn in einer weiteren Sitzung behandeln wollen (Bericht in einer späteren Ausgabe). Zunächst wählte der Ausschuß Gerda Kieninger (SPD) einstimmig zur neuen Vorsitzenden, während die bisherige Vorsitzende Helga Gießelmann das Amt der Sprecherin der SPD-Fraktion im Frauenausschuß übernimmt. Sie begrüßte die neue Ministerin Birgit Fischer (SPD) und dankte den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

Ministerin Fischer erläuterte, nach der Neuorganisation der Landesregierung gebe es keinen Bedeutungsverlust für die Frauenpolitik. Vielmehr seien dem bisherigen Gleichstellungsministerium die Zuständigkeiten für Familien-, Jugend- und Gesundheitspolitik zugewachsen. Die Chancen für Synergie-Effekte bei der Querschnittsaufgabe Frauenförderung würden größer. In ihrem Ministerium gebe es nun drei Fachabteilungen; Gleichstellung, Kinder/Jugend/Familie und Gesundheit. Nur die Seniorenpolitik ressortiere in zwei Ministerien. Das neue Ministerium habe 374 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Als zentrale Aufgaben ihrer Tätigkeit bezeichnete Ministerin Fischer die Themen Frau und Beruf, Beruf und Familie sowie Gewalt gegen Frauen. Für berufstätige Frauen bringe die Entwicklung zur Informationsgesellschaft große Chancen. In allen drei Bereichen habe ihre Amtsvorgängerin Ilse Ridder-Melchers gute Grundlagen geschaffen, viel bewegt und Impulse über NRW hinaus gegeben.

Die Sprecherinnen der Fraktionen Regina van Dinther (CDU), Marianne Hürten (GRÜNE) und Helga Gießelmann (SPD) begrüßten die höheren Kompetenzen und den Zuwachs.

Zum Entwurf des Einzelplans 11 im Haushalt 1999 meinte die Ministerin, anders als beim Bund seien die Mittel für Frauenförderung in NRW nicht laufend abgesenkt worden, sondern seit Jahren doppelt so hoch. Neu erarbeitet seien Module „Betriebliche Frauenförderung“ für Fortbildungsveranstaltungen und im Aufbau ein Expertinnen-Netzwerk. Für jetzt 45 Standorte für Regionalstellen Frau und Beruf seien 7,3 Millionen Mark im Haushalt 1999 veranschlagt. Davon 25 Regionalstellen würden weiterhin ausschließlich vom Land finanziert. Für Dienstleistungspools als Beitrag zur Legalisierung und Professionalisierung der Haushaltsarbeit gebe es einschließlich der Mittel für wissenschaftliche Begleitung eine Million Mark. Die 63 Frauenhäuser würden weiter gefördert. Dafür seien 15 Millionen Mark veranschlagt.

Menschenhandel sei eine besonders schreckliche Form von Gewalt. NRW fördere sechs Beratungsstellen und stelle Mittel bereit für die Unterbringung bedrohter Mädchen und Frauen.

Für ein Unterrichtsprogramm zur Mädchenförderung habe es unerwartet große Zustimmung gegeben. Ein Programm zur Jungenarbeit solle noch in diesem Jahr folgen. Ferner arbeite die Abteilung an einem Konzept für Übungsleiterinnen und für Selbstbehauptungstrainerinnen. Vom 25. Oktober bis 21. November sollten Mädchen und Jungen mit kommunalen Gleichstellungsstellen bekannt gemacht werden. Der Landessportbund veranstalte Aktionstage Breitensport für Mädchen und Frauen.

Regina van Dinther (CDU) fragte nach vielen Kürzungen bei Haushaltsansätzen, vor allem nach der Kürzung für ehrenamtliche Tätigkeiten um ein Drittel, während Öffentlichkeitsarbeit um 300 000 Mark aufgestockt worden sei. Helga Gießelmann (SPD) wies auf den um 215 000 Mark aufgestockten Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft durch die Landesinitiative „Chancengleichheit im Beruf“ hin. Marianne Hürten (GRÜNE) bedauerte die Streichung bei Maßnahmen gegen Kinderpornographie. Ministerin Fischer stellte klar, Öffentlichkeitsarbeit in diesem Ressort bedeute weniger, Politik zu „verkaufen“ als vielmehr durch Information und Aufklärung vorzubeugen.

Die Aussprache über den Frauenförderbericht 1997 (Vorlage 12/2170) mit dem Schwerpunkt „Frauenförderung in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik“, den die Ministerin kurz vorstellte, mußte aus Termingründen vertagt werden. Auch der 2. Bericht der Landesregierung, „Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Kindern“ (Vorlage 12/2220), konnte nur erwähnt werden.

Bis zum Jahresende wolle die Landesregierung über die Koppelung von Frauenförderung mit öffentlicher Auftragsvergabe entscheiden, teilte Ministerin Fischer mit und kündigte eine Anhörung der Landesregierung dazu, voraussichtlich am 23. Oktober, an. Dabei solle auch die Frage be-

handelt werden: Reichen freiwillige Maßnahmen aus? Die Sprecherinnen der Fraktionen baten um rechtzeitige Information. Ebenfalls zum Jahresende solle ein Handbuch der beruflichen Situation von Frauen vorliegen. Der Aktionsordner der Wirtschaftsförderung werde eingearbeitet, sagte die Ministerin auf Nachfrage von Marianne Hürten (GRÜNE).

#### Weitere Ausschuß-Anhörungen

Außer den in der vorigen Ausgabe gemeldeten Anhörungen zum Entwurf eines Krankenhausgesetzes (16.9.) und zur 3. Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (19.10.) führen weitere Ausschüsse in den nächsten Wochen Anhörungen zu folgenden Themen durch:

30.9., 9.00 Uhr Umweltausschuß:

#### Landesabfallgesetz;

30.9., 13.00 Uhr Ausschuß für Kommunalpolitik:

#### Gemeindefinanzierung 1999;

21.10., 10.00 Uhr Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“:

#### Wirtschaftliche und ökologische Folgen des Luftverkehrs in NRW;

26.10., 10 Uhr Ausschuß für Kinder/Jugend/Familie:

#### Jugendkriminalität;

29.10., Haushalts- und Finanzausschuß:

#### Budgetierung, Globalisierung, Flexibilisierung, Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung unter Berücksichtigung der Budgetrechte des Parlaments.



Freude bei SPD-Politikerinnen über neue Ämter, v.l. Ministerin Birgit Fischer, Fraktionssprecherin im Ausschuß Helga Gießelmann, Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik Gerda Kieninger. Foto: Schälte

## Europa-Ausschuß in Luxemburg und Brüssel

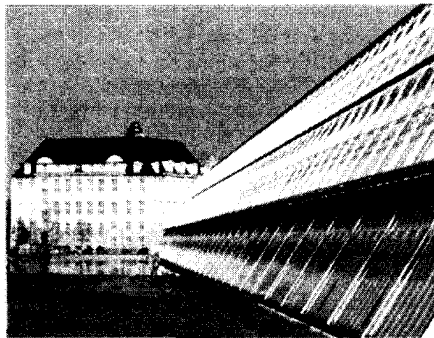
### Hervorragende Zusammenarbeit der Rechnungshöfe und Investitionsbanken auf Landes- und Europa-Ebene

Anfang Juni informierte sich der Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik unter Leitung des Vorsitzenden Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) über die Arbeit europäischer Institutionen in Luxemburg und Brüssel. Auf Einladung des Vizepräsidenten Wolfgang Roth besuchten die Parlamentarier die Europäische Investitionsbank und führten Gespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes, Professor Dr. Bernhard Friedmann, und Vertretern des Europäischen Gerichtshofes. In Brüssel trafen sich die Abgeordneten mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus NRW, Vertretern der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen, um über die „Agenda 2000“ und die Reform der Strukturfonds zu diskutieren. Zusätzlich standen die Energiepolitik und die künftige Entwicklung der Europäischen Union auf der Tagesordnung. Der Zeitpunkt der Reise erwies sich als außerordentlich günstig, da kurz darauf der Europäische Rat in Cardiff tagte, die Diskussion um die „Agenda 2000“ in ein fortgeschrittenes Stadium eingetreten war und sich die Europaabgeordneten in Brüssel aufhielten.

Der Besuch des Europäischen Rechnungshofes war für die Landtagsabgeordneten sehr erfreulich, denn die Zusammenarbeit mit dem NRW-Landesrechnungshof wurde ihnen als hervorragend geschildert. NRW sei „die Nummer Eins in Deutschland“. Auf gute Kooperation sei der Rechnungshof angewiesen, sagte Präsident Friedmann, denn häufig ließen sich durch gezielte Zusammenarbeit Mißstände schon im Vorfeld der Prüfungen ausräumen. Bei der Prüfung des Europäischen Parlaments habe der Rechnungshof allerdings Unregelmäßigkeiten im Bereich der Fahrtkostenabrechnungen und der Mitarbeiterpauschalen festgestellt. Da die Europaabgeordneten Diäten in Höhe ihrer nationalen Kollegen erhielten, entstünden erhebliche Einkommensunterschiede, die einige Abgeordnete durch die nicht korrekte Angabe von Reisekosten anzugleichen versucht hätten. Die weiterhin bestehenden Einkommensunterschiede machten eine neue Regelung jedoch sehr schwierig, meinte er.

Europäische Infrastrukturmaßnahmen, Energie, Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nannten Vizepräsident Wolfgang Roth und Paul Gerd Löser, zuständig für Kommunikationspolitik in der Direktion „Wirtschaftsstudien und Information“, als Finanzierungsschwerpunkte der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die Bank erwirtschaftet keine Gewinne, sondern nur eine Überschußrücklage. Auch finanziere sie Projekte grundsätzlich nur zu 50 Prozent mit. Ein wichtiger Partner der EIB sei die Westdeutsche Landesbank. In NRW werden seit 1993 einige Maßnahmen im Umweltschutzbereich von der EIB mitfinanziert; so beispielsweise das Projekt zur Wasseraufbereitung in Wuppertal und ein Talsperren-Projekt im Raum Herford. Weitere Projekte seien die Düsseldorfer Messe, das Kraftwerk in Düsseldorf, neue Bahnhöfe und die bessere Nutzung von Bahngeländen (z. B. in Dortmund) sowie die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf, erklärte Paul Gerd Löser.

Beim Kurzbesuch des Europäischen Gerichtshofes informierten sich die NRW-Landtagsabgeordneten über die Grundsätze der europäischen Rechtsprechung und wohnten einer Verhandlung bei. Da die Arbeitssprache der Richter Französisch ist, bestehe die Notwendigkeit der „Überset-



Das Solarkraftwerk im Wissenschaftspark Gelsenkirchen wurde zu mehr als einem Drittel aus Mitteln des Europäischen Strukturfonds finanziert.

zung“ der Urteile und ihrer Begründungen in die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten, die sehr unterschiedlich seien, erklärte Richter Professor Dr. Hirsch.

In Brüssel erläuterte ein Vertreter der EU-Kommission die Grundzüge des Reformprogramms, das eine stärkere Konzentration der Mittel auf bedürftige Regionen vorsehe. Dies bedeute, daß Förderziele und Gemeinschaftsinitiativen wesentlich verringert werden müßten und der Anteil der förderfähigen Bevölkerung von derzeit 51 Prozent auf künftig ca. 40 Prozent zurückgeführt werde, erklärte er. Anstelle der bisher sieben Kategorien für regionale Fördergebiete soll es nur noch drei Ziele geben, und die bisher 13 Gemeinschaftsinitiativen sollen ebenfalls auf drei reduziert werden. Im Laufe des Gesprächs wurde deutlich, daß von diesen Konzentrationsbemühungen auch Nordrhein-Westfalen betroffen sein wird. In welchem Umfang, ließ sich allerdings noch nicht bestimmen.

Die Abgeordneten aus NRW im Europäischen Parlament berichteten vom engen Zeitplan zur Verabschiedung der „Agenda 2000“. Das Europäische Parlament habe für seine wichtige Mitberatungsfunktion nur noch bis zum 1. Mai 1999 Zeit, da anschließend Neuwahlen anstünden. Wegen der Bundestagswahl sei leider die Festlegung einer konkreten deutschen Verhandlungsposition gegenwärtig nicht möglich. Auch die Tatsache, daß unter deutscher Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die wesentlichen Entscheidungen zur „Agenda 2000“ getro-

fen werden, erleichtere die Situation nicht gerade, erklärten die Europaabgeordneten. Denn die Ratspräsidentschaft räume eine Vermittlerposition in den Verhandlungen ein. Die Durchsetzung eigener Vorstellungen, beispielsweise zur deutschen Nettozahlerdiskussion, werde erheblich erschwert.

Der Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR) Professor Dammeyer erklärte den Abgeordneten die Arbeit des AdR an Stellungnahmen zur „Agenda 2000“. Gleichzeitig wies er auf die Initiative zur Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips hin, die von Bundeskanzler Dr. Kohl und Staatspräsident Chirac im Vorfeld des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Cardiff gestartet worden war. Professor Dammeyer betonte, daß er diese Initiative aufgreifen werde, da die Subsidiarität einen zentralen Bestandteil des Selbstverständnisses des Ausschusses der Regionen ausmache.

## NRW: 67 Zentren

Im Januar 1998 zog Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) im Wirtschaftsausschuß Bilanz: In NRW gebe es 63 Technologiezentren, vier weitere sind im Bau. In 52 untersuchten Zentren arbeiteten 1400 Unternehmen mit über 11 000 Beschäftigten. 610 Unternehmen mit rund 6400 Beschäftigten seien aus Zentren ausgezogen und hätten sich auf Dauer in NRW niedergelassen. Das Land habe pro Arbeitsplatz zwischen 57 000 und 271 000 Mark eingesetzt. Insgesamt habe sich das Land den Aufbau der Technologiezentren eine Milliarde Mark kosten lassen.

## Eingabe erfolgreich

## Pflege-Praktikum auch in KiTa

Das Berufspraktikum im dritten Jahr der Fachschule für Heimerziehungspflege soll in der Behindertenhilfe absolviert werden. Da das Angebot an Praktikumsstellen begrenzt ist, möchten die Fachschüler auch in sozialpädagogischen Einrichtungen ausgebildet werden können. Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger verfügen über ein umfangreiches Spezialwissen bei Behinderung, Pflege, Erziehung, Förderung und Begleitung solcher Bezugsgruppen. Entsprechend legt die Verordnung fest, daß die fachpraktische Ausbildung in einer anerkannten Einrichtung der Behindertenhilfe erfolgt.

Aufgrund der Einrichtung integrativer Tageseinrichtungen, in denen Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger als zusätzliche Fachkraft tätig sein können, hat die Landesregierung bereits Gespräche mit Vertretern der Spitzenverbände geführt. Als Ergebnis konnte der Petitionsausschuß den Betroffenen mitteilen, daß sie ihr Berufspraktikum in Sonderkindergärten und integrativ arbeitenden Einrichtungen ableisten können, in denen sie durch Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger angeleitet werden.

## Verkehrsausschuß: Bahnhöfe gestalten

Dem Verkehrsausschuß trugen am 27. August der kaufmännische Leiter der Niederlassung NRW Peter Kradepohl und der Leiter des Büros Bahnhofsentwicklung Düsseldorf Ewald Breuer Pläne zur „Umgestaltung

der Personenbahnhöfe in NRW“ vor (Fortsetzung des Berichts in der vorigen Ausgabe). Eine Liste mit insgesamt 162 denkmalgeschützten Bahnhofs- und Haltepunkt-Gebäuden hatte Stadtentwicklungsministerin Brusis dem Ausschuß bereits nach dem Vortrag ihres Staatssekretärs in der Ausschußsitzung vom 15. Juni zugestellt. In seinen Berichten zu Verkehrsvorhaben und zum ÖPNV-Bedarfsplan stellte Verkehrsrminister Bodo Hombach (SPD) am 27. August den Ausbau des Schienenverkehrs und die Chancen der Bahntechnik als besondere Schwerpunkte seiner Verkehrs- und Wirtschaftspolitik heraus.



Kradepohl übergab den Ausschußmitgliedern eine Liste mit den an 88 Bahnhöfen 1998 und an 61 Bahnhöfen 1999 vorgesehenen Maßnahmen.

Die Inbetriebnahme von stationären „3-S-Zentralen“ (Sicherheit, Sauberkeit, Service) sei 1998 in Düsseldorf, Essen, Köln und (als Provisorien) in Duisburg und Dortmund, 1999 in Bielefeld, Hagen und Münster vorgesehen. Außerdem würden in NRW zwei mobile 3-S-Zentralen (Container und Sattelzug) an verschiedenen „sicherheitsrelevanten“ Standorten zeitweise aufgestellt, etwa bei Großveranstaltungen. Als „DB-Pluspunkt“ wird eine Notruf- und Informationssäule bezeichnet, die an 60 Standorten aufgestellt werden soll. Von den Kosten von 17 Millionen Mark übernehme das Land 14 Millionen Mark. Das gesamte Investitionsvolumen wurde auf knapp 1,9 Milliarden beziffert. „DB-Service-Stores“ sollen 1998 in Castrop-Rauxel, Wesel, Dinslaken, Kamen und Solingen-Ohligs eingerichtet werden.

Zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) werde 1999 das Erscheinungsbild der Bahnhöfe Lünen, Wanne-Eickel, Castrop-Rauxel, Essen-Altenessen, Herne, Oberhausen, Bottrop, Hamm und Kamen verbessert. Außerdem würden Stadtteilverbindungen geschaffen, der ÖPNV besser verknüpft und Park-and-ride-Parkplätze sowie Fahrradstationen geschaffen.

### Kommunalausschuß

#### Zweitwohnungssteuer in Dortmund

Im Ausschuß für Kommunalpolitik begrüßte Vorsitzender Friedrich Hofmann (SPD) am 26. August als neues Mitglied die Abgeordnete Hannelore Ludwig (SPD). Auf Antrag der GRÜNEN berichtete Ministerialdirigent Friedrich Held zum Thema „Zweitwohnungssteuer in Dortmund“, die Einführung entspreche dem „Steuerfindungsrecht“ der Gemeinden. Auch in ländlichen Gemeinden gebe es die Zweitwohnungssteuer, die auch verfassungsrechtlich zulässig sei. Ewald Groth (GRÜNE) hielt die Auskunft für unbefriedigend und erbat eine Übersicht über Städte und Gemeinden, die diese Steuer erheben. Erwin Siekmann (SPD) berichtete als Dortmunder, im Rat sei lange beraten und die Steuer dann aus mehreren Gründen gebilligt worden: als Beitrag zur Haushaltssicherung und als Anreiz, nach Dortmund zu ziehen, anstatt im „Speckgürtel“ zu wohnen, die Leistungen der Stadt aber in Anspruch zu nehmen, ohne daß dies bei den Ausgleichsmitteln berücksichtigt werde.

Von 683 „aktiven Bahnhöfen und Haltepunkten“ in NRW hätten 281 ein Empfangsgebäude, erläuterte Kradepohl. Bei 459 seien Bahnsteigaufhöhungen, bei 365 eine behindertengerechte Ausstattung erforderlich. Insgesamt 845 Mitarbeiter seien bei der Niederlassung NRW der Deutschen Bahn AG (DBAG) in Köln beschäftigt. 47 Azubis würden ausgebildet. Außerdem beschäftige die Bahn in NRW 423 Mitarbeiter bei der Reinigung, 170 bei Bahnschutz und Service, 1050 im Anlagen- und Hausservice und 2525 in Pachtbetrieben. Für Reinigung und Winterdienst würden 18 Millionen Mark aufgewendet, für Sicherungs- und Ordnungsdienst zehn und für Wartung und Kleinstinstandhaltung 26 Millionen Mark.

22 BahnhofsInstandhaltungsTeams führten 1998 an 150 Standorten Maßnahmen zur sichtbaren Verbesserung des Bahnhofsgebäudes oder des Haltepunkts durch. Dazu gehörten außer „DB-Pluspunkt“ und „3-S-Zentrale“: Bahnsteigaufhöhungen, Witterschutz/Bahnsteigdächer, Aufzüge, Wegeleitsysteme, Fahrgastinformationsanlagen.

### Untersuchungsausschuß:

Bei der von Vorsitzendem Edgar Moron (SPD) geleiteten Zeugenvernehmung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Forensik“ sagten am 4. September der Dezernatsleiter Forensische Psych-

iatrie beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe Dr. Wolfgang Pittrich und der frühere Justiz- und kurzzeitige Gesundheitsminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) aus.

Dr. Pittrich wunderte sich über angeblich vom Landschaftsverband jahrelang nicht abgerufene Haushaltsmittel des Landes. Er habe ein ungutes Gefühl, wie diese Liste zustande gekommen sei und was „mit uns“ gemacht worden sei. Mehrfach seien Beträge erst im Dezember bewilligt worden, so daß sie bis Jahresende nicht mehr ausgegeben werden konnten. Eickelborn sei unerträglich überlastet. Die Grenzen des Verantwortbaren seien längst überschritten. Trotzdem habe die Anstalt immer weitere Patienten aufnehmen müssen.

Dr. Rolf Krumsiek, von 1985 bis 1995 NRW-Justizminister und im Jahr 1992 für einige Monate Gesundheitsminister, berichtete, in dieser Zeit sei er auch mit dem Maßregelvollzug befaßt gewesen. Er habe erkannt, daß alle Beteiligten gemeinsam beraten müßten, und eine Tagung dazu im Februar 1993 angestoßen. Als Justizminister sei er mehrmals gezwungen gewesen, dem Aufschub des Maßregelvollzugs und damit der Entlassung rechtskräftig verurteilter Straftäter nach Ablauf der Dreimonatsfrist zuzustimmen, weil es keine Plätze in der Forensik gegeben habe. Er habe rechtzeitige Berichte von drohender Entlassung durch die

leitenden Oberstaatsanwälte angeordnet und den Gesundheitsminister jeweils darüber informiert. Gleichzeitig habe er prüfen lassen, ob weniger gefährliche psychisch erkrankte Straftäter vorzeitig entlassen und dadurch Plätze für als gefährlich anzusehende Patienten geschaffen werden könnten.



Dr. Rolf Krumsiek (SPD) war von 1985 bis 1995 Justiz- und 1992 Gesundheitsminister des Landes NRW. Fotos: Schälte



Dr. Wolfgang Pittrich leitet seit 19 Jahren das Dezernat Forensische Psychiatrie beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

## Bußgeld für Betriebsgründer mit Gesellenbrief

### Deutsche Trockenbauer unterliegen Handwerksordnung, EU-Ausländer nicht

*Ein Handwerksgehilfe aus dem Ruhrgebiet tat genau das, was die NRW-Landesregierung derzeit in einer großangelegten Werbekampagne empfiehlt: Er machte sich nach 16 Jahren Praxiserfahrung im Trockenbau selbständig und gründete 1996 einen Betrieb „Montage von vorgefertigten Bauelementen“. Seit Februar 1998 hat er als Subunternehmer einer größeren Baufirma die Gewerbeaufsicht am Hals. „Wegen unerlaubter Ausübung eines Handwerks“ soll er ein Bußgeld bezahlen. Das Amt berief sich auf einen Paragraphen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.*

Der Petitionsausschuß des NRW-Landtags, bei dem die Beschwerde des Kleinunternehmers, auf dem Umweg über den Deutschen Bundestag, einging, wandte sich an das Wirtschaftsministerium mit der Bitte um fachkundige Stellungnahme. Hierfür setzte der Petitionsausschuß dem Ministerium eine Frist von zwei Monaten. Einen Tag vor Ablauf dieser Frist traf die von Staatssekretär Jörg Bickenbach unterzeichnete Ausarbeitung beim Landtags-sachbearbeiter ein. Und so sah danach die Lage aus:

Wer ein Handwerk als stehendes Gewerbe betreibt, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein, handelt ordnungswidrig. „Ein Gewerbebetrieb ist ein Handwerksbetrieb, wenn er handwerksmäßig betrieben wird und vollständig oder in wesentlichen Teilen ein Gewerbe umfaßt, das in der Anlage A der Handwerksordnung aufgeführt ist.“

Beim Trockenbau handele es sich „nach bisheriger, gefestigter Rechtsprechung“ um wesentliche Teiltätigkeiten mehrerer

Handwerke, unter anderem des Stukkateurs, des Wärme-/Kälte-/Schallschutzisolerers, des Maurers und des Zimmerers. Das Bundeswirtschaftsministerium vertrete dagegen die Auffassung, daß sich der Trockenbau in der Industrie entwickelt habe und nicht zum Handwerk gehöre. Beim Vergleich der Ausbildung eines Industriemeisters Trockenbau mit den in diesen Gewerken für Trockenbau aufgewandten Ausbildungszeiten zeige sich, daß die Handwerke Trockenbau nicht als Schwerpunkt behandelten.

Im Bundestag stand 1997 eine Novellierung der Handwerksordnung an. Dabei sollte unter anderem festgelegt werden, daß „die Durchführung von Trockenbauarbeiten keine Meisterprüfung erfordert, da der Trockenbau aufgrund seiner Entwicklung nicht dem Handwerk zugerechnet werden kann“. Eine Woche, bevor die Gewerbeaufsicht eine Baustelle mit Arbeitern des Petenten besuchte, beschloß der Bundestag die Änderung der Handwerksordnung, allerdings ohne diese Klarstellung.

Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages habe sie für entbehrlich gehalten, hieß es dazu in der Begründung.

Damit sei die Unsicherheit der handwerksrechtlichen Beurteilung des Trockenbaus erheblich erhöht worden, schreibt dazu das NRW-Wirtschaftsministerium. Und weiter: Daß bei ausländischen Firmen aus EU-Staaten auf das Ablegen einer Handwerksmeisterprüfung verzichtet werde, stelle keine unzulässige Ungleichbehandlung dar. Das Bundesverwaltungsgericht habe entschieden, daß unterschiedliche Berufsregelungen für Deutsche und EU-Ausländer der deutschen Gesetzgeber nicht verpflichte, das deutsche Handwerksrecht an das günstigere EU-Recht anzupassen. Denn der Petent hatte auch darauf aufmerksam gemacht, daß viele ausländische Firmen die gleiche Tätigkeit ausführen dürften, obwohl sie diesen Beruf nicht erlernt hätten. Und er hatte angemerkt: In den Firmen, wo er ausbaue, würden seine Arbeiten von Meistern abgenommen.

Die Entscheidung des Ordnungsamts sei nicht zu beanstanden, denn sie entspreche der Rechtsprechung zum Trockenbau, stellte das Landesministerium fest, aber auch: erhebliche Unsicherheiten bei der handwerksrechtlichen Beurteilung. Der Petitionsausschuß war mit dieser Lagebeschreibung nicht zufrieden. Er hält nun eine gesetzliche Regelung für notwendig und empfahl dem Petenten, „im Rahmen des Ordnungswidrigkeitenverfahrens auf die bestehenden Unsicherheiten hinzuweisen“. Der Petent hat inzwischen das Bußgeld bezahlt, meint aber, es könne nicht sein, daß ausländische Subunternehmer anders behandelt würden als deutsche.

## Haushaltsausschuß

### Rheinische Börse hofft auf Kleinanleger

*In der von der stellvertretenden Vorsitzenden Gisela Meyer-Schiffer (SPD, linkes Bild) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. August standen unter anderem Berichte der Landesregierung zur Situation der Rheinisch-Westfälischen Börse, zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und zu Steuererklärungen in EURO, ferner CDU-Anträge zur Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft, zur Förderung der deutschen Kultur des Ostens und zum Bestand der Volkshochschulen auf der Tagesordnung (Fortsetzung des Berichts in der vorigen Ausgabe).*

Die Situation der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf (RWB) habe sich deutlich verschlechtert, berichtete Staatssekretär Ernst Gerlach (rechtes Bild). Zwar sei der Anspruch der Regionalbörsen auf Teilnahme am elektronischen Handel durch eine NRW-Initiative gesetzlich festgelegt worden. Xetra werde aber weiter in Frankfurt betrieben. Die RWB sei nicht bereit, auf Parketthandel zu verzichten, und lehne auch das geforderte Entgelt von 19,5 Millionen Mark für Xetra-Integration ab. Während Frankfurt den Parketthandel ganz austrocknen wolle, bemühe sich die RWB um das

Wiederaufleben des Dach-Skontros und untersuche die Machbarkeit einer Energiebörse. Die Verlängerung ihrer Handelszeit ab 4. Mai habe einen erheblichen Anstieg der Abschlüsse gebracht, aber keine wesentliche Besserung der Umsätze. Nach kritischen Fragen von Abgeordneten der CDU und der Feststellung der SPD, der Aus-



schuß habe sich intensiver um den Fortbestand gekümmert als die Börse selbst, obwohl es nicht um Regierungshandeln gehe, äußerte sich auch Finanzminister Heinz Schleußer besorgt und skeptisch zur Zu-

sammenarbeit mit dem „Goliath Frankfurt“ (Staatssekretär Gerlach).

Zur Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft habe die Landesregierung eine andere Position als die CDU, sagte Staatssekretär Gerlach. Ernst-Martin Walsken (SPD) verwies auf die im Hauptausschuß anstehende Grundsatzdiskussion. Michael Thomas Breuer (CDU) bestand auf dem Informationsrecht des Parlaments über die Geschäftstätigkeit mit Landesbeteiligungen. Minister Schleußer erklärte sich bereit, die „vorbildliche Handhabung auf Bundesebene“ im Sinne der CDU nach NRW zu holen. Trotz eines Änderungsvorschlags von Helmut Diegel (CDU) lehnte die Ausschlußmehrheit aus SPD und GRÜNEN den CDU-Antrag (Drs. 12/2757) ab. Auch die CDU-Anträge zur Förderung der deutschen Kultur des Ostens und zur Bestandssicherung der Volkshochschulen wurden abgelehnt.

Der von ihm Mitte August dem Ausschuß übermittelte Jahresabschluß 1997 der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Vorlage 12/2166) weist eine Bilanz von knapp 700 Millionen Mark aus, ferner als wesentliche Geschäfte 1997 den An- und Verkauf eines 50-Prozent-Anteils am Flughafen Düsseldorf und der Ankauf von Aktien der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG. Außerdem erwarb die Gesellschaft Anteile an den Messen Düsseldorf und Köln, an der Aufbaugesellschaft Espelkamp, 99 Prozent an der Kölner Wohnungsgesellschaft „Rheinland“ und 68 Prozent an der Landesentwicklungsgesellschaft.



## Literatur

### Bürgerhandbuch hilft mit Tips in Wahlzeiten

Vor der Bundestagswahl hat der Wochenschau-Verlag ein Bürgerhandbuch vorgelegt, das Leuten, die an der Politik und am öffentlichen Leben interessiert sind, beträchtliche Informationshilfe geben kann. Zwar tauchen im Text keine Wahlempfehlungen auf, die Entscheidung für eine jeweilige Partei wird Leserinnen und Lesern nicht abgenommen, aber sie erhalten Basisinformationen, die auch einen Blick hinter die Kulissen allgemeinen politischen Geschäfts gestatten. 57 Tips bietet das handliche Buch an, was in Wahlkampfzeiten für jemanden zu tun sein kann, der politisch nicht abseits stehen möchte.

Die zentralen politischen Handlungsfelder sind in zehn Kapitel unterteilt. Die Herausgeber sprechen von Bausteinen. Jedes Kapitel enthält „Tips zum Tun“. Randspalten verweisen auf spezielle Abschnitte: Begriffserklärungen werden gegeben, Aussagen bekannter Persönlichkeiten durchleuchtet, auf die Bürgerrolle in der Demokratie eingegangen. Grundgesetz, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau sind gewichtige Themen. Aber es werden auch so profane Dinge wie „Anträge zur Geschäftsordnung“ erläutert oder wie man sich am besten gegenüber der „Allgegenwart der Bürokratie“ verhält. Darüber hinaus haben die Verfasser einen großen Bogen geschlagen. Er reicht von Gewaltlosigkeit bei internationalen Konflikten und Prinzipien für Konfliktlösung bis zu Bürgerinitiativen und sozialen Selbsthilfegruppen. Ein Adressenverzeichnis für erste Informationen ist angefügt. Es reicht von Bundesrat bis zum Bund freireligiöser Gemeinden. Der auch außerhalb von Wahlzeiten durchaus nützliche Ratgeber zur Befriedigung eigener politischer Wißbegier oder zur Hilfestellung bei politischen Aktivitäten ist von Dr. Paul Ackermann, Professor an der pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, zusammengestellt worden. Der Wissenschaftler hat als ehrenamtlicher Bezirksbürgermeister praktische politische Erfahrungen gesammelt. Das wird bei der Lektüre spürbar. Der Praxisbezug, das erfahrene Wissen, können deshalb das Handbuch auch für diejenigen einträglich machen, die der Politik zwar nicht grundsätzlich ablehnend, so doch mit Zweifeln begegnen. e.h. (Bürgerhandbuch, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Taunus 1998, br., 216 Seiten, 28 Mark)

### Historische Präsentation

Der Hauptausschuß des Landtags will zum Thema landesgeschichtliche Darstellung im Ständehaus eine gemeinsame Position der Fraktionen herbeiführen. Eine Arbeitsgruppe „Historische Präsentation im Ständehaus“ prüft zur Zeit die Möglichkeit einer solchen Darstellung. Das Ständehaus, in dem der Landtag einst tagte, soll künftig von der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen und für Repräsentationen des Landes genutzt werden.

## Tischtennis-Turnier im Landtag Starke Leistungen im Mixed

Neun Frauen und neun Männer traten an zum diesjährigen Tischtennis-Mixed-Turnier im Landtag NRW. Das Turnier begann mit einem Eklat: Es kam zum Partnertausch. Doch selbst der mitspielende christdemokratische Abgeordnete Helmut Diegel hatte keinerlei moralische Bedenken. Die selbsternannte Turnierleitung hatte einen Überraschungscoup gelandet: Die bereits festgemeldeten Paare wurden brutal auseinandergerissen; fremde Partner einfach neu zugelost.

Aber diese neuen Mischungen ließen auch schlummernde Fähigkeiten erwachen. Der jugendliche Elan von Eliv Karaca übertrug sich auf ihren Partner, Organisationschef Thomas Schneider. Entsprechend bejubelt wurde der eine Satz, der siegreich beendet wurde. Birgit Schmelter und Hans Zinnkann steigerten sich von Spiel zu Spiel. Zwei Tage später wären sie nicht mehr aufzuhalten gewesen. Elegant und spielwitzig auch das neue Paar Barbara Milczarek und Ernst Becker. Aber sie wurden schließlich doch von den Semiprofi-Paaren Petra Meier/Helmut Diegel sowie Claudia Karsten mit dem spielerisch wie mental ungeheuer starken Manfred Mündelein übertrumpft.

In Gruppe II entdeckte Irmgard Birn, daß Tischtennis auch mit dem Rücken zur Platte gespielt werden kann, wie ihr Partner Klaus Dellmann überzeugend nachwies. Monika Heßhaus und Michael Landwehr demonstrierten, wie schön es sein kann, an Tischtennis-Turnieren teilzunehmen. Aber auch sie mußten die agile Astrid Hoppstein-Menn mit Schnibbelkönig Georg Widera an sich vorbeiziehen lassen. Noch stärker als diese aber erwies sich das fünfte Paar dieser Gruppe. Scheinbar befreit von der Last, ihren langjährigen Doppelpartner Ernst Becker mitziehen zu müssen, konnte Astrid Marianne Petra Theil all ihr Talent an der Platte zur Geltung bringen. An der Seite ihres Partners Hans-Georg Schröder marschierte sie bis zum überzeugenden Sieg durch. Dieser Entfaltung von Stärke und Schönheit konnte niemand etwas entgegenzusetzen. Auch die zu Recht hoch eingeschätzten Claudia Karsten, Vorjahressiegerin, und Manfred Mündelein mußten sich im Finale geschlagen geben. Gefeierte wurde dann von allen. Noch lange wurde über neue Trends und Taktiken im Tischtennis diskutiert und die Stärken jeder Spielerin und die Schwächen jedes Spielers eingehend analysiert. T. S.

## FCL auf Eifel-Platz in „Nöthen“

Auch wenn die Versuchung zugegebenermaßen groß war, einfach den Mantel des Schweigens und Vergessens über dieses Spiel des FC Landtag zu breiten, so wird nun doch der Chronistenpflicht Genüge getan, auch wenn es schmerzhaft ist. Fangen wir mit dem Positiven an: In der dritten Spielzeit erwies sich der FCL der Landrat-Rosenke-Elf als durchaus gleichwertig. Nach Spielende kamen die wahren Stärken der Parlamentsmannschaft so richtig zum Tragen. Nach dem Abpiff der sehr guten Bundesliga-Schiedsrichterin aber war der FC Landtag auf dem Platz in Bad Münstereifel-Nöthen mit 1:8 böse unter die Räder gekommen. Aller Widerstand von Käpt'n Günter Langen, von den

Mittelfeld-Akteuren Thomas Mahlberg und Michael Breuer sowie von der früheren Nationalspielerin Sandra Hengst und von Friedhelm Fröhlich nutzte nichts. Gegen die Spitzenelf, die der ehrgeizige Landrat Rosenke aus früheren Ballartisten und heutigen aktiven Trainern geformt hatte, hatte der FCL nicht viel zu melden. Zur Halbzeit schon lag der FCL fast hoffnungslos mit 0:3 zurück. Und doch keimte Hoffnung auf, als einmal mehr Tommy Mayer mit einem tollen Spanschuß aus 16 Metern kurz nach Wiederbeginn verkürzte. Die Hoffnung zerstob. Da das Endergebnis schon genannt wurde, kann sich jeder ausrechnen, daß der Ball noch fünf weitere Male im Netz des FCL landete.



Eine zwölfköpfige Schülergruppe aus Ungarn hat mit zwei Lehrern den Landtag besucht und sich über die parlamentarische Tätigkeit des Parlaments informiert. Begleitet wurden die jungen Ungarn von zwei Lehrkräften des Friedrich-Spee-Gymnasiums in Geldern, das den Besuch in Düsseldorf im Rahmen eines Schüleraustauschprogramms auch organisiert hatte. Die Besucherinnen und Besucher trafen mit den SPD-Abgeordneten Svenja Schulze (r.) und Karin Jung (l.) zur Diskussion zusammen. Foto: Schälte

## SPD-Fraktion

### Bewährte Strukturen sichern – Landesförderung konzentrieren

Die SPD-Landtagsfraktion betont die zunehmende Bedeutung der Weiterbildung und will deshalb auch in finanziell schwierigen Zeiten die bewährten Grundstrukturen und die hohe Qualität der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen erhalten. „Die SPD-Fraktion hält an der bisherigen Höhe der Landesförderung für die Weiterbildung einschließlich der Ermessensmittel fest“, erklärte ihr bildungspolitischer Sprecher Manfred Degen.

Degen führte weiter aus:

„Zu den unverzichtbaren Qualitätsmerkmalen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen gehören eine Grundversorgung als Pflichtaufgabe der Gemeinden und die plurale Anbieterstruktur, das daraus resultierende flächendeckende Weiterbildungsangebot und das hauptamtliche Personal der Weiterbildungseinrichtungen.“

Der Erfolg des Weiterbildungsgesetzes und der tatsächliche Bedarf an Weiterbildung haben zu einer Entfaltung des Weiterbildungsangebotes und der Einrichtungen geführt, mit denen die Landesförderung seit Anfang der 80er Jahre nicht Schritt halten konnte.

Angesichts steigender finanzieller Belastungen der Träger wie der Teilnehmerschaft, bei begrenzten Landesmitteln ist das Postulat, jeden Bedarf und alles umfassend zu fördern, nicht mehr einzulösen. Die SPD-Landtagsfraktion will die Landesförderung deshalb auf Kernbereiche konzentrieren, die im gesellschaftlichen Interesse liegen und für die Menschen von vorrangiger Bedeutung sind.“

Die Fraktion hat zehn Eckpunkte für eine Neustrukturierung der Weiterbildung beschlossen, die von folgenden Leitzielen ausgehen:

- Die hohe Qualität der Weiterbildungsangebote in Nordrhein-Westfalen sichern und weiterentwickeln.
  - Angebote sichern, die nicht „marktgängig“ sind, aber für die Erwachsenen und das Land besondere Bedeutung haben, sich in unserer Gesellschaft zu orientieren und ihre Berufs- und Lebenschancen zu stützen.
  - Erhalt des flächendeckenden Angebotes und der pluralen Trägerlandschaft
- Diese Zielsetzung will die SPD-Fraktion im Kern mit folgenden Maßnahmen erreichen:
- Die Angebotsförderung wird auf Bereiche konzentriert, die im besonderen gesellschaftlichen Interesse liegen. Dazu gehören unter anderem Angebote der kompensatorischen Grundbildung, zum Beispiel Nachholen von Schulabschlüssen; politische Bildung; Familienbildung.
  - Die Förderung des hauptamtlichen pädagogischen Personals für Leitung, Planung und Betreuung der Angebote wird nachhaltig verstärkt. Nur durch das hauptamtliche pädagogische Personal können wir die Qualität und die Grundstruktur sichern.
  - Die Landesförderung für kommunale und andere Träger im Verhältnis von 100 : 60 bleibt unverändert.

## CDU-Fraktion

### Streit um Garzweiler: CDU fordert Ende der Hängepartie

Als „neues unrühmliches Kapitel im rot-grünen Dauerstreit um Garzweiler II“ hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, den Eingriff der NRW-Umweltministerin Höhn in eine Internet-Veröffentlichung des Landesumweltamtes (LUA) bezeichnet. „Jetzt rächt sich, daß die SPD der grünen Ministerin zwei Millionen Mark Schmiergeld zur Verzögerung des Braunkohlen-Tagebaus bewilligt hat“, erklärte Linssen. „Wenn jetzt sogar schon SPD-Wirtschaftsminister Hombach seiner grünen Kabinetts-Kollegin Zeitschinderei vorwirft, wird es höchste Zeit, daß der Ministerpräsident von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht“, forderte Linssen. „Die Menschen im Braunkohle-Revier haben ebenso wie die betroffenen Unternehmen ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie es mit Garzweiler weitergehen soll. Ministerpräsident Clement muß im Interesse der Arbeitsplätze und der Energiesicherheit in unserem Land die rot-grüne Hängepartie um Garzweiler schnellstens beenden.“

*Steigende Steuereinnahmen in NRW nur durch Bundespolitik*

„Die Haushaltseinbringung war eine einzige Enttäuschung“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Diegel, zur Einbringung des Haushalts 1999. „Nach den vollmundigen Ankündigungen des Ministerpräsidenten war ein Umsteuern in der Finanzpolitik zu erwarten. Statt dessen beschränkten sich Schlußers Ausführungen auf Entschuldigungen über die desolatte Finanzlage und Schuldzuweisungen an den Bund. Es sind weder Schwerpunkte noch ernsthafte Konsolidierungsbemühungen erkennbar.“

Im übrigen könne NRW-Finanzminister Schlußers sich bei der Bundesregierung bedanken: „Die Steuern in NRW steigen dank der guten Bundespolitik“, fügte Diegel hinzu. Insgesamt werden die Steuereinnahmen im kommenden Jahr um 2,8 Milliarden (4,1%) in NRW steigen. Die Einkommenssteuer wächst um 28 Prozent, die Körperschaftsteuer um 12 Prozent. „Würden diese beiden Steuerarten nicht überproportional steigen, hätte Schlußers über 1 Milliarde weniger zur Verfügung. Damit ist auch Schlußers Vorwurf der letzten Jahre an die Bundesregierung nicht mehr haltbar“, sagte Diegel. Der Finanzminister hatte für die nordrhein-westfälische Finanzmisere die stagnierenden Einnahmen bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer verantwortlich gemacht. Nach den Fakten steht für den CDU-Finanzexperten fest: „Nutznießer der soliden Bundespolitik ist auch der Haushalt NRW.“

Die Einkommens- und Körperschaftsteuer sind sogenannte Gemeinschaftssteuern, die der Bund einnimmt und nach einem entsprechenden Schlüssel für Bund und Länder verteilt.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag bekräftigt ihre Bedenken gegen die Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium in Nordrhein-Westfalen. Der Ministerpräsident hat seine Entscheidung vor der Bildung des neuen Kabinetts getroffen. Der Landtag ist in seiner Kompetenz nicht in der Lage, diese Entscheidung zurückzuholen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben von Anfang an deutlich gemacht, daß sie diesen Schritt nicht mitverantworten und für verfassungspolitisch verfehlt halten. Die Fraktion wird den Prozeß der Zusammenlegung der Ministerien weiterhin kritisch begleiten und strebt eine Trennung der Ministerien spätestens in der nächsten Legislaturperiode an.

Die Justiz ist aufgefordert, aufmerksam zu verfolgen, wie sich die Zusammenlegung auswirkt. Die Bündnisgrünen erwarten, daß etwaige negative Folgen berichtet werden, damit die notwendigen Konsequenzen gezogen werden können. Gerade die öffentlichen Äußerungen von Richterinnen und Richtern, Anwältinnen und Anwälten, Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern, die für alle deutlich gemacht haben, welch hohes Gut die Unabhängigkeit der 3. Gewalt ist, stimmt zuversichtlich, daß dies auch geschieht.

Was macht denn eine unabhängige Justiz in einem demokratischen Rechtsstaat aus, was hebt sie unter den anderen Staatsformen heraus? Nicht die geschriebene Verfassung, nicht die geschriebenen Gesetze, nicht das Gewaltmonopol und nicht die Fähigkeit, Sanktionen zu verhängen! Sondern einzig und allein die Garantie für die Bürgerinnen und Bürger, daß dort die Einhaltung der Gesetze und Verfassungen auch gegen den Staat erstritten werden kann! Die Verwirklichung dieses elementaren Verfassungsgrundsatzes findet in den Köpfen der Menschen statt. Und hier ist das falsche Signal gesetzt. Zur Demokratie gehören demokratische Verfahren, GerichtspräsidentInnen und GeneralstaatsanwältInnen zu besetzen. Hier können wir von den Vereinigten Staaten lernen. Die GRÜNEN wollen deswegen die Richterwahlausschüsse, wie sie in Hessen, Baden-Württemberg selbstverständlich sind. Der Datenschutz soll auch für den privaten Bereich in die Hände der Datenschützerin gelegt werden. GRÜNE wollen das vereinbarte Akteneinsichtsrecht auf Landesebene, das es in unserem Partnerland Brandenburg bereits gibt, im Sinne der gläsernen Verwaltung schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird damit als Bürgerrechtspartei Kurs halten und einfach ein Stück mehr Demokratie wagen.

Wenn die CDU nun gegen die Zusammenlegung ebenfalls „rechtsstaatliche Bedenken“ vorbringt, ist diese Kritik angesichts der Tatsache, daß sie seit 16 Jahren Bürgerrechtsabbau betreibt und den Überwachungsstaat vorantreibt, äußerst unglaubwürdig. Jüngstes Beispiel ist die in den Landtag eingebrachte Forderung nach anlaß- und verdachtsunabhängigen Kontrollen für die Polizei. Damit soll ein weiteres Mal die Axt an die rechtsstaatlichen Prinzipien gelegt werden. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich der Landtagsantrag der CDU zur Trennung von Justiz- und Innenministerium als durchsichtiges wahlkampfaktisches Manöver, das die grüne Fraktion zurückweist.

## DAB-Versuch ...

(Fortsetzung von Seite 8)

technischen Erprobung verfolgt habe. Es habe erprobt werden sollen, ob die Audioprogramme tatsächlich in CD-Qualität stationär und im Fahrzeug hätten empfangen werden können. Der Versuch sei vom 1. Oktober 1996 bis zum 11. Oktober 1999 terminiert. Versuchsgebiet sei der Großraum Köln, Bonn, Düsseldorf und Wuppertal. Als Träger des Versuchs habe sich der Verein DAB-Projekt NRW gebildet, der sich zum 30. Juli aufgelöst habe, weil der Vorstand der Meinung gewesen sei, daß die wesentlichen Ergebnisse hätten erzielt werden können. Teilgenommen hätten 500 Autoradios. Außerdem seien 100 PC-Karten einbezogen worden.

Bei der Diskussion verdeutlichte die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymi, eine Einigung über die Frequenzen hänge nicht zuletzt von der Finanzierung ab. Diese sei für den öffentlich rechtlichen Rundfunk schon in den geltenden Gebühren enthalten. Für den Lokalfunk allerdings existiere eine zusätzliche Finanzierung nicht, wobei von seiten des Lokalfunks immer wieder darauf hingewiesen worden sei, daß es für ihn wirtschaftlich unmöglich sei, DAB in den Regelbetrieb zu überführen, wenn dafür keine Förderung vorgesehen werde.

Für die SPD-Fraktion erklärte der Abgeordnete Marc Jan Eumann, man sollte im Zusammenhang mit DAB denjenigen, die in den Markt gehen wollten, die notwendigen Bedingungen schaffen. Dann aber müsse der Markt in großen Teilen mit sich selbst klarkommen. Insbesondere seien Dienste zur Verkehrsinformation angesprochen worden, die als großer Vorteil von DAB erschienen und sich möglicherweise sehr schnell durchsetzen könnten. Nicht ohne Ironie folgerte Eumann, dabei werde allerdings auch die Frage aufgeworfen, was alles noch getan werde, um die Autofahrer vom Beobachten des Verkehrs abzuhalten.

Ruth Hieronymi merkte an, es gehe nicht um eine dauerhafte Förderung von seiten der Landesregierung, sondern um eine angemessene Anschubfinanzierung, um das Projekt DAB im Lokalfunk überhaupt zu ermöglichen.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,

Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;

Ute Koczny (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26 ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Hubert Schulte (CDU)

*Mit der Oppositionsrolle im Landtag mag sich der Sauerländer Hubert Schulte nicht so recht anfreunden. „Es ist viel schöner in einer Regierungspartei“, weiß der CDU-Abgeordnete aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung. Im Mendenner Rat hat Schulte einiges mitgemacht: Von 1984 bis 1994 die absolute Mehrheit der CDU, seither ist die Union vor Ort auf die Hilfe einer Unabhängigen Wählergemeinschaft angewiesen. Nur im Düsseldorfer Landtag, da will es mit der Rückkehr der Christdemokraten an die Macht einfach nicht klappen ...*

*Schon früh fand der gelernte Elektriker über Gewerkschaftsjugend und Betriebsratsarbeit zur Politik. Zunächst in der Jungen Union, seit 1968 engagierte sich Hubert Schulte in der CDU. Im Jahr 1970 legte der damals 25jährige alle politischen Ämter nieder: nach der Geburt der Tochter wollte sich der Sauerländer mehr um die eigene Familie kümmern. „Ich habe wegen der Familie von 1970 bis 1982 ganz bewußt keine Politik gemacht und dies auch im nachhinein nicht bereut“, sagt Schulte. Seit 34 Jahren ist der heute 53jährige verheiratet. Halbe Sachen lehnt der gebürtige Hönnetalener ab – ganz Sauerländer eben.*

*1984 wurde der CDU-Politiker Mitglied im Rat der Stadt Menden, seit 1987 ist Hubert Schulte stellvertretender Fraktionsvorsitzender und seit 1992 Stadtverbandsvorsitzender der CDU Menden. Mit 45,1 Prozent der Stimmen wurde Schulte 1995 direkt in den Düsseldorfer Landtag gewählt. Dort zog es den engagierten Elektromeister gleich in den Wirtschaftsausschuß. Privatisierung, Förderung des Mittelstandes, Eigeninitiative und das Zurückdrängen der öffentlichen Hand, das sind die Hauptanliegen, die den CDU-Politiker umtreiben. Im Landtag sitzen dem Handwerker zu viele Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst, vor allem zu viele Lehrer. Die könnten sich von Vater Staat einfach für eine Zeit freistellen lassen für die politische Arbeit, beklagt Schulte deren Privilegien. „In der Wirtschaft ist die Kombination von Beruf und Politik deutlich schwieriger.“*

*Nach den ersten drei Jahren im Landtag bedauert Schulte, daß der Kontakt zu den anderen Fraktionen auch in den Fachausschüssen relativ gering bleibt. Trotzdem könne man auch aus der Opposition heraus kommunale Interessen vertreten und häufig Türen öffnen. Zwar ist die hervorragende Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der angrenzenden Wahlkreise der Arbeit für die Region nützlich. Allerdings kann sich auch Schulte vorstellen, daß die Sauerland-Abgeordneten genauso wie Münsterländer, Revierabgeordnete und Ostwestfalen die Vertretung ihrer gemeinsamen Ziele noch kraftvoller gestalten. Schließ-*

*lich sei das Sauerland mehr als grüne Lunge und Reservat für das Ruhrgebiet, warnt Schulte.*

*Grundsätzlich sieht der CDU-Politiker die Anmeldung von FFH-Gebieten (Flora-Fauna-Habitat) im Sauerland positiv. Die FFH-Richtlinie dürfe aber nicht dazu mißbraucht werden, ganze Landstriche von Infrastrukturmaßnahmen auszuschließen und neue Gewerbegebiete zu verhindern. In jedem Einzelfall müsse es eine Abstimmung mit Kreis und Kommune geben. Sorgen bereitet Schulte die Entwicklung des Tourismus im Sauerland. „Dem Tourismus wird in den Gemeinden nicht die nötige Bedeutung beigemessen.“ Die Verkehrsvereine in Menden, Balve, Hemer und Neuenrade gehen jetzt neue Wege und werben gemeinsam auf Touristik-Messen für die Schönheit der heimischen Natur.*

*Die hat es auch dem leidenschaftlichen Mineraliensammler Schulte angetan. Zwar findet der sympathische Abgeordnete heute keine Zeit mehr, die Steinbrüche mit Hammer und Meißel nach Mineralien abzuklopfen. „Das Sauerland ist aber eines der ergiebigsten Mineraliengebiete in Deutschland“, weiß der bodenständige Mendener. Hier ist er früher tagelang auf der Suche nach seltenen Stücken herumgewandert. „Wenn man etwas erreichen will, dann muß man es auch richtig machen.“ Steine suchen kostet Zeit, die aber ist knapp. Vielleicht packt Hubert Schulte Hammer und Meißel später einmal wieder aus. Im Augenblick aber konzentriert sich der Sauerländer voll auf die Politik. Wie sagte der Christdemokrat noch am Anfang: „Ich gebe mich mit der Oppositionsrolle nicht zufrieden.“*

Wilfried Goebels

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 24. bis 29. September 1998

24.9. **Heinz Hardt** (CDU), 62 J.  
24.9. **Oliver Wittke** (CDU), 32 J.  
25.9. **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU), 57 J.  
26.9. **Winfried Schittges** (CDU), 52 J.  
28.9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 54 J.  
29.9. **Svenja Schulze** (SPD), 30 J.

★

**Manfred Degen** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist auf Wahlvorschlag der SPD-Fraktion vom Landtag zum neuen stellvertretenden Mitglied für die Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk gewählt worden. Degen ist Nachfolger des bisherigen stellvertretenden Mitglieds **Wolfram Kuschke** (SPD), der Ende Juli sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

★

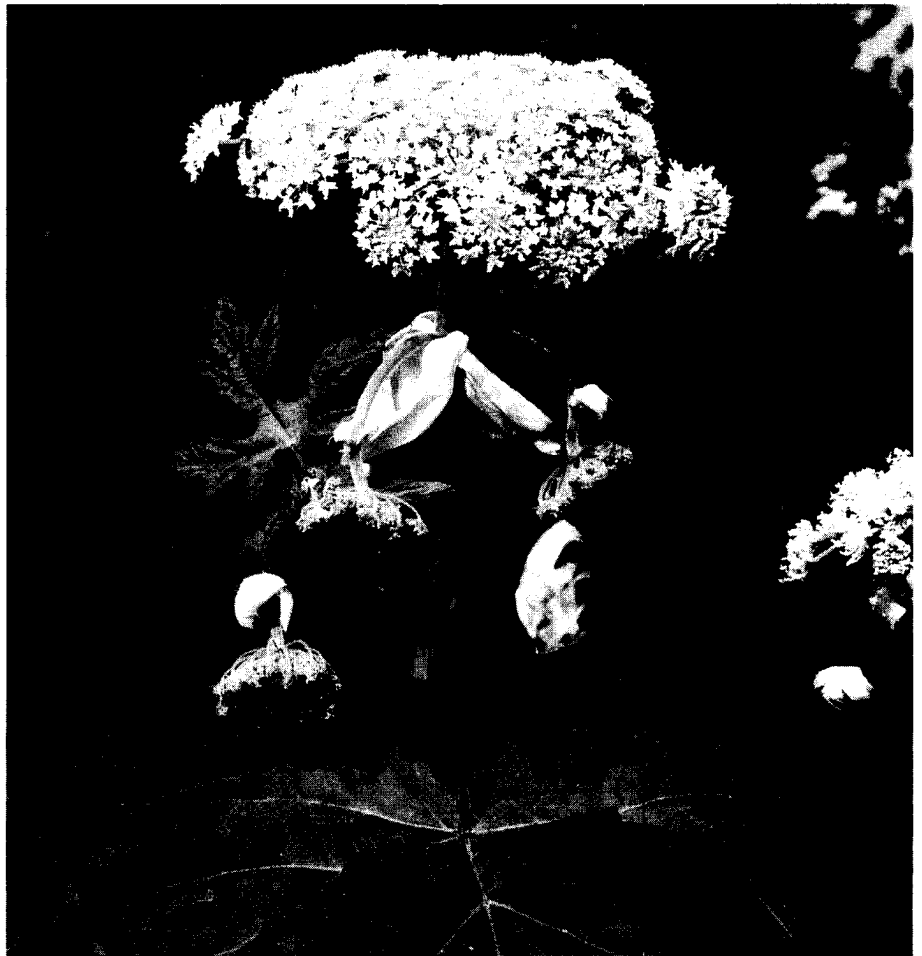
**Carina Gödecke** (SPD), Landtagsabgeordnete, ist auf Wahlvorschlag der SPD-Fraktion als Nachfolgerin von **Birgit Fischer** (SPD), die als Ministerin ein Ressort der Landesregierung übernommen hat, vom Landtag als stellvertretendes Mitglied des Rundfunkrats des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ gewählt worden. Ebenfalls zum stellvertretenden Mitglied des WDR-Rundfunkrats wurde auf Vorschlag seiner Fraktion der Abgeordnete **Friedhelm Lenz** gewählt.

★

### „INFOTHEK“ des Landtags

Seit August hat das Referat II.4 „Bibliothek, Informationsdienste, Archiv“ seine Dienstleistungen reorganisiert. Alle Informationsanliegen, die die Aufgabengebiete des Referates (Bücher und Zeitschriften, Landtagsdokumente, externe Datenbanken, Europa-Bund-Länder, Presse) betreffen, können ab diesem Zeitpunkt an die „INFOTHEK“, die neue zentrale Informationsstelle des Referates gerichtet werden. Die Anliegen werden in der Regel dort unmittelbar bearbeitet, oder, falls dies aus zeitlichen Gründen oder wegen hierfür erforderlicher Spezialkenntnisse nicht möglich ist, referatsintern weitergeleitet, ohne daß sich der Kunde hierum kümmern muß. Die „INFOTHEK“ befindet sich im Lesesaal des Referates. Sie wird im Wechsel von den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen aller Sachbereiche des Referates besetzt, also von der Bibliothek, der Landtagsdokumentation und der Zentralkommission Parlamentsspiegel. Davon unberührt können sich alle Kunden natürlich auch unmittelbar an die jeweils fachlich zuständigen Mitarbeiter/innen wenden. Parlamentspapiere (Drucksachen, Protokolle, Vorlagen) können weiter wie bisher über die Drucksachenstelle bezogen werden. Die INFOTHEK ist besetzt: montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 17.00 Uhr, freitags von 8.30 Uhr bis 14.00 Uhr, an Plenartagen von 8.30 Uhr bis Sitzungsende. Zentrale Rufnummer: 2112, Telefax: 3032, E-Mail: infodienste@landtag.nrw.de. Wer selbständig in den Datenbanken des Landtags und in weiteren Informationsquellen recherchieren will, erhält dort Informationen und Hilfestellungen und kann an zwei allgemein zugänglichen PC-Geräten im Lesesaal arbeiten.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Gefährlicher Riese im Vormarsch

Der größten Staude an Rhein und Ruhr, im gesamten deutschen und europäischen Raum, zu nahe zu treten, kann böse Folgen haben. Denn die hierzulande nicht heimische Pflanze (Neophyt) hat sich meisterhaft gegen ihren einzigen wahren Feind in ihrer neuen Heimat, den Menschen, gewappnet. Darauf verweist die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen. Wer versucht, die Lebensadern der bis zu vier Meter großen Riesen (Bild) zu kappen, sollte dies nicht ohne Schutz tun. Der Pflanzensaft der Herkulesstaude hat besonders unter Sonneneinwirkung die Kraft, Verbrennungen zweiten bis dritten Grades auf der Haut auszulösen. Auch verstärkte Pigmentierung und Schwellungen können der Preis für den leichtfertigen Griff an die bis zu 50 Zentimeter breiten Dolden mit der weißen Blütenpracht, den Pflanzenstengel oder rhabarberähnlichen Blätter sein. Daß die imposante Herkulesstaude – auch Riesenbeerenklau genannt – sehr schnell neue Reviere erobert und dabei andere Pflanzen radikal verdrängen kann, hat seinen Grund: Als Krönung ihres zwei- bis mehrjährigen Daseins blüht sie zwar nur einmal, doch dann gibt sie mehr als 100 000 Samen an ihre Umgebung ab, die ihre Keimfähigkeit erst nach sieben Jahren verlieren. Der Mensch hat den Riesenbeerenklau Mitte des 19. Jahrhunderts aus den regenreichen Gebirgen des Kaukasus als Zierpflanze in europäische Gärten und Parks entführt. Vielfach verwilderte die Staude. Natürliche Feinde hat sie hier nicht. Durch diesen Konkurrenzvorteil konnte sie in den vergangenen Jahrzehnten einen wahren Siegeszug antreten, der noch nicht beendet ist. Die Ufer von Fließgewässern sowie Brachflächen in Bach- und Flußauen und am Rande von Ballungsräumen sind ihr Hauptrevier. Ihr kann nach Angaben der Landesanstalt höchstens lokal der Garau gemacht werden. Sinnvoll sind laut LÖBF Eingriffe überall dort, wo Menschen ungewollt mit der Pflanze in engen Kontakt kommen und sich verletzen können: an Kinderspielflächen, Bushaltestellen und auch neben Radwegen.

Foto: Woike/LÖBF